

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmitz. 16.)
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Strelau,
in Breslau bei Emil Habach.

Nr. 811.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 15 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Poerseitze Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Freitag, 19. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Parke & Co.,
Haasenstein & Vogler, —
Adolph Rose.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank.“

1875.

Jahre 20 Pf. die sechzehnste Seite oder deren Blätter, wenn sie verhältnismäßig höher sind, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erreichbare Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Zur Schutzollfrage.

Die schützöllerische Partei hat es für gut gefunden, auch den Kulturmampf mit dem Eisenzoll in Verbindung zu bringen und die Behauptung aufgestellt, man werde Kaufende von hungernden Arbeitern dem Ultramontanismus in die Arme treiben, wenn man die gefährdete Eisenindustrie nicht durch die Verlängerung der Schutzzölle rette. Man kommt aber durch die Behauptung in Widerspruch mit einer anderen Behauptung, die man geschafft nicht entbehren kann, um die Agitation fortzusetzen, nämlich mit der Behauptung, daß man mit der Schwierigkeit allzu hoher Löhne zu kämpfen habe.

Von zwei Behauptungen kann nur eine richtig sein; entweder das Angebot von Arbeit oder die Nachfrage nach Arbeit überwiegt. Beide zugleich können unmöglich richtig sein. Gibt es mehr Arbeitsgelegenheit als Arme, so kann der Arbeiterstand seiner Notlage entgegen gehen, und giebt es mehr Arbeiter als Arbeitsgelegenheit, so gehören Lohnherabsetzungen nicht zu den Unmöglichkeiten.

Nach der Darstellung eines hervorragenden westphälischen Industriellen, der die schützöllerische Agitation mit besonderem Eifer betreibt, und dessen Schilderung wir daher folgen dürfen, ohne daß uns die Gegner den Vorwurf der Schäferei machen können, herrscht im westphälischen Industriedistrikt noch keine Arbeitermangel. Es ist uns ein Werk namhaft gemacht worden, welches im Jahre 1872 gegen 5000 Arbeiter beschäftigt hat und heute höchstens noch 3000 beschäftigt und welches trotzdem in Verlegenheit kommt, wenn es vorübergehend eine größere Arbeiterzahl einfestellen will oder wenn es für manche Arbeiterkategorien den Lohnsatz ermäßigen will. Die 2000 ausgeschiedenen Arbeiter haben sofort in anderen Zweigen der Tätigkeit lohnende und dauernde Verwendung gefunden. Der Lohnsatz in den westphälischen Stahlwerken für gemeine Handarbeit steht noch auf drei Mark; daß die gesuchte Arbeit für die schwierigen Verhüttungen noch höher, mit vier Mark und darüber bezahlt wird, ist selbstverständlich und nicht zu tadeln. Wenn aber die gemeine Handarbeit, z. B. das Beladen der Wagen mit drei Mark bezahlt wird und es für diesen Preis noch zu Zeiten an Kräften fehlt, so ist dies ein deutliches Zeichen dafür, daß man das rohe Gespenst der Not in frivoler Weise beschwört.

Wirkliche Arbeitslosigkeit herrscht höchstens für einen kleinen Theil der Arbeitskräfte in Berlin und zwar durch den Stillstand der Maschinen- und Wagenfabriken. Die Ausdehnung der Berliner Maschinen- und Wagenfabrikation hat man insofern seit langer Zeit als eine Anomalie betrachtet, da dieser Industriezweig unabhingigerweise eine hohe Lokalmiete zahlt, ohne durch seine Absatzverhältnisse an die Hauptstadt gebunden zu sein. Eine Translokation dieser Industrie nach anderen Orten hat man schon lange als eine Notwendigkeit betrachtet und man wird derselben jetzt, wo sie sich allmälig anbahnt, nicht entgegentreten können. Wenn in Berlin augenblicklich vielleicht ein jedenfalls nicht erheblicher Überschuß an Arbeitern vorhanden ist, so ist andererseits in anderen Gegenden ein Mangel vorhanden. Hier muß eine Ausgleichung stattfinden und ein Eingreifen durch die Gesetzgebung würde jedenfalls diese Ausgleichung verzögern.

Die Aufhebung der Schutzzölle bedroht den Arbeiterstand nicht mit Arbeitslosigkeit und Not. Weder der Kulturmampf noch das rohe Gespenst haben mit dieser Frage etwas zu thun. Sollte ein Theil der Etablissements zum Stillstand verurtheilt werden, so wäre der Grund darin zu suchen, daß es diesen Etablissements ebenso sehr an preiswerten Arbeitskräften fehlt wie an Abzügen, und diesen doppelten hoffnunglosen Kampf auszukämpfen kann ihnen freilich der Staat nicht helfen.

L. & T.

Zur Generalsynode

Weilt die „Post“ mit, daß eine große Anzahl von Synodalmitgliedern aus sämtlichen Provinzen eine Einladung zu einer Versammlung und Vorbesprechung erlassen hat, welche wie folgt lautet:

Die unterzeichneten Mitglieder der außerordentlichen General-Synode erachten es beim Herannahen der selben für dringend geboten, ihre Gesinnungsgruppe zu einer vor längster Verhängnis über gewisse Fragen, z. B. zur Befreiungsfrage, Bildung einer Kommissionen u. s. w.) zusammen zu rufen und zugleich mit ihnen die Einrichtung eines koordinaten Präsideums der zu erwähnten Vorlagen zu verabreden. In Erfüllung eines von mehreren Seiten geführten Wunsches schließen wir hierzu eine Versammlung in Berlin vor, am Tage vor Eröffnung der Synode, Dienstag den 23. November, 11 Uhr Vormittags, im Kreis Saale der Kaisergalerie in der Voßgasse, Eingang a; Unter den Linden Nr. 22, und befreuen uns Es. ic hierdurch einzuladen, in der Voransetzung, daß Sie mir eins sind in folgenden Entschließungen: 1. Den Abschluß des Prädikanten Verfassungsbuches nach Rücksicht herbeizuführen und beabsichtigt, ob es unter allen möglichen Aufgaben der außerordentlichen General-Synode die Initiative zur Erörterung anderer kirchlicher Fragen abzuhaben, da gegen um der Dringlichkeit einiger solcher Fragen willen auf baldige Einberufung der ordentlichen General-Synode anzutragen. 2. Den Ausbau des kirchlichen Verfassungswerkes anzustreben auf den Grund der Gemeinde und Synodalordnung vom 10. September 1873 gelegten Grundlagen und in möglichst folgerichtiger Durchführung der dort in Grunde liegenden Prinzipien. 3. Hierbei insbesondere unter Wahrung der gewährleisteten Rechte der Gemeinden und Provinzen an der Einheit der evangelischen Kirche und der in ihr zu Recht und im Sein bestehenden Union zu halten. 4. Dem Staate gegenüber auf ruhighaltsloher Entlastung der evangelischen Kirche aus der seitigen Verbindung zu bestehen, unbeschadet der staatlichen Hoheitsrechte und ohne das innerlich die Verhältnisse zum evangelischen Landesherrn zu lösen. Zugleich bemerken wir, daß die mitunter reichlichen Abzüge der Provinzial-Synoden von Brandenburg, Posen, Preußen, Sachsen, Schlesien, Hessen und Westfalen; Justizrat v. Löper, Superintendent Pfeiffer, Provinzial-Schulrat Dr. Schröder, Professor Dr. Köstlin, Chef-Präsident Graf Ritterberg, Präses D. Nienau und Missions-Ins-

pektator D. Fabritius, es übernommen haben, die in Rede stehende Versammlung vorzubereiten und einzuleiten.

Pfarrer Krummacher zu Brandenburg, erster Beisitzer des Synodal-Vorstandes der brandenburgischen Provinzial-Synode. Justizrat v. Löper zu Potsdam, stellvertretender Beisitzer des Synodal-Vorstandes der brandenburgischen Provinzial-Synode. Hofprediger Rogge zu Potsdam, stellvertretender Beisitzer des Synodal-Vorstandes der brandenburgischen Provinzial-Synode. Professor jur. Dr. Bierling zu Greifswald, Dep. der jur. Fakultät d. Superintendents Kleette zu Posen, Mitglied der posenischen Provinzial-Synode. Geheimer Rath Suttlinger zu Posen, Beisitzer des Synodal-Vorstandes der posener Provinzial-Synode. Professor D. Freiherr v. d. Goltz zu Königsberg, Beisitzer des Synodal-Vorstandes der preußischen Provinzial-Synode. Provinzial-Schulrat Dr. Schröder, Präses der preußischen Provinzial-Synode. Militär-Oberpfarrer Kreysmar zu Königsberg, Mitglied der preußischen Provinzial-Synode. Professor D. Beyohag zu Halle, Beisitzer des Synodal-Vorstandes der sächsischen Provinzial-Synode. Dr. Herbst, Direktor der Landesschule Pforta, Mitglied der sächsischen Provinzial-Synode. Professor D. Köstlin zu Halle, Mitglied der sächsischen Provinzial-Synode. Chefschreiber Dr. Ritter zu Glogau, Mitglied der schlesischen Provinzial-Synode. Militär-Oberpfarrer Richter zu Breslau, Mitglied der schlesischen Provinzial-Synode. Pfarrer D. Nienau zu Koblenz, Präses der rheinischen Provinzial-Synode. Hauptmann Herrmann in Bonn, Mitglied der rheinischen Provinzial-Synode. Professor D. Freiherr v. d. Goltz zu Bonn, Dep. der theolog. Fakultät. Missionssprediger D. Kohrt in Barmen, Dep. der westpreußischen Provinzial-Synode. Professor D. Krafft zu Bour, Deputirter der Westfäl. Provinzial-Synode.

Herr Professor E. Nasse in Bonn, Mitglied der Untersuchungskommission für die sogenannten Raiffeisen'schen Darlehen, sendet der „Königl. Staats“ folgende Entgegnung auf den mitgetheilten Artikel von Dr. Schulze-Delitsch über den Bericht, welchen die genannte Kommission erstattet hat:

Vor Allem wird der Kommission vorgeworfen, daß sie keine Veranlassung genommen habe, „die wahrgenommenen Mängel aufzudecken und die Mittel zur Abhilfe anzugeben.“ Was den ersten Punkt betrifft, so muß ich auf das entschiedenste in Abrede stellen, daß die Mängel, welche die Kommission in den Vereinen gefunden, nicht erwähnt seien. Sie hat natürlicher Weise nicht jede einzelne Unregelmäßigkeit in der Buchführung, Kreditverwaltung u. s. w. aufführen können, aber sie hat der verschiedenen Arten von Mängeln, die sie gefunden, Erwähnung gethan. Daß das in möglichst scharfender Weise geschehen, wird ein unfehlbarer Mängel der Kommission gewiß nicht zum Vorwurf machen. Es war die Pflicht der Kommission, nicht zu vergessen, daß wenige unvorsichtige Worte den Kredit und somit die Existenz von Vereinen gefährden könnten, die ihr mit dem größten Vertrauen alle Bücher offen geleistet und wie Herr Schulze feststellt, bisher eine sehr wohlthätige Wirklichkeit in ihren Büchern ausgedrückt haben. Der Widerspruch aber, den Herr Schulze zwischen unserer Darstellung und einigen Stellen des Raiffeisen'schen Schrift findet, ist nicht vorhanden. Denn diese Stellen sagen weiter nichts, als daß es sehr wünschenswert sei, eine Beaufsichtigung der Vereine durch ein Zentral-Institut einzurichten, und eben so erklärt der Bericht: „Die Berechtigung dieses Strebens nach einer Beaufsichtigung der Vereine dürfte unlängst bar sein.“

Nicht minder aber ist der andere Tadel unbegründet, daß der Bericht keine Mittel angebe, wie den vorgefundenen Mängeln abzuheben, denn die Kommission hatte dazu schiedsgerichtlichen Auftrag erhalten. Es war vielmehr in dem ministeriellen Schreiben, durch welches die Kommissions-Mitglieder um Übernahme des Auftrags erucht wurden, ausdrücklich betont, der Minister wünsche, „daß in dem nach Beendigung der Untersuchung zu erstattenden Berichte der Schwepunkt nicht in theoretische Erörterungen, sondern in positive Darlegung des fiktiven Beziehungen gelegt werde“. Demgemäß konnte die Kommission sich nicht veranlaßt sehen, dem Minister unerbetene Ratshilfage über die beste Organisation des Kredits für kleine Landwirthe zu geben, sie müsste vielmehr ihre Aufgabe darin erblicken, durch möglichst umfassende Darstellung des tatsächlichen Zustandes der Vereine Anderen das Selbständige Urtheil über dieselben zu erleichtern. Am allerwenigsten aber hatte sie die Entscheidungen der rheinischen Gerichte, welche die Vereine trotz mangelnder Geschäftsantheile als Genossenschaften eingetragen haben, einer Kritik zu unterwerfen. Wäre es dem Minister in der That nur ein solches Rechtsgerüchten zu thun gewesen, so würde er es ohne Zweifel nicht von Männern eingeholt haben, von denen zur Zeit keiner mehr in juristischer Berufstätigkeit steht.

Der Auftrag der Kommission richtete sich ferner vor Allem auf Untersuchung der Einzelvereine. Erst in zweiter Linie wird es am Schlusse des ministeriellen Schreibens auch als wünschenswert bezeichnet, wenn die Kommission auch über die stattgehabte Centralisation der Einzelvereine berichte. Nur war die Centralbank, deren Besprechungen Herr Schulze so sehr vermisst, zur Zeit der Untersuchung so viel wie wir ermittelten konnten, ein Institut, das nur auf dem Papier stand und über dem tatsächlichen Geschäftsbetrieb und Geschäftsfeld nichts zu berichten war, weil derselbe noch gar nicht existierte. In Bezug der Provinzialbank dagegen erkämpft Herr Schulze an, daß wir die „Gebrechen und Gefahren derselben hinklänglich gekannt“ haben, tadelst aber, daß wir uns nicht zu einer Verwerfung des gesammelten Instituts hätten entschließen können. Ich muß entgegnen, daß wir vor Allem auch hier das für und wider vollständig darzulegen verstanden waren und demgemäß zweierlei anerkennen mußt: einmal, daß ein zentrales Kredit-Institut der Vereine wünschenswert sei, und dann, daß der gegenwärtige Geschäftsbetrieb, so lange der Kredit bei der Provinzial-Hilfsstelle nicht erschöpft und die Menge der von den Vereinen deponirten Gelder nicht bedeutend ist, eine ernste Bedenken gegen sich habe. Beides wird auch von Herrn Schulze nicht bestritten. Anderen sich aber diese Voraussetzungen, führt der Bericht fort, „so wird der ganze Charakter des Instituts sich ändern müssen, wenn nicht eine gefährliche Lage daraus entstehen soll.“ Das ist denn doch für jeden der lesern kann, deutlich genug. Daß das Institut, um seinen Aufgaben mit Sicherheit und auernd genügend zu thun, eines eigenen Kapitals und bankmäßiger Kapitalanlage bedürfe, ist ebenfalls im Bericht angegeben, und auch Herr Schulze findet in diesen beiden Punkten die Hauptchwäche der gegenwärtigen Bank. Es scheint fast, man macht dem Bericht zum Vorwurf, daß er nicht den Ton lebensfröhlicher Polemik eingeschlagen hat, in dem der Streit über die Darlehenklassen großgeschlagen ist.

Zum Schlus endlich muß ich es noch für unrichtig erklären, wenn Herr Schulze behauptet, wir hätten uns von den Gegnern des Berichts, z. B. Herrn Reg.-Rath Nöll in Koblenz, völlig abgeschlossen ge-

halten. Ich selbst habe Herrn Nöll um mündliche Mittheilung seiner Bedenken gebeten und zu diesem Zweck eine mehrstündige Konferenz mit ihm in Koblenz gehabt.

Bon ganz besonderem Interesse dienen Nachrichten über die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sein. Das aus amtlichen Quellen schöpfende „Tableau général du Commerce de la France“ giebt über den Gesamtverkehr Frankreichs mit dem Auslande im Jahre 1873 detaillierte Mittheilungen, aus den hier in Kürze eine Zusammenstellung des Handelsverkehrs Deutschlands mit Frankreich gebracht werden soll.

Die Einfuhr von Deutschland nach Frankreich hatte im Generalhandel einen Werth von 418 Millionen Franks (27 Mill. Frs. mehr als im Vorjahr), im Spezialhandel von 311 Mill. Frs. (99 Mill. Frs. mehr als im Vorjahr); die Ausfuhr nach Deutschland im Generalhandel einen Werth von 523 Mill. Frs. (69 Mill. Frs. mehr als im Vorjahr), im Spezialhandel von 463 Mill. Frs. (53 Mill. Frs. mehr als im Vorjahr). Die Haupt-Einfuhrartikel im Generalhandel aus Deutschland in Frankreich waren Thiere (Werth 40½ Mill. Frs.), Gewebe, Posamentier- und Bandwaren aus Baumwolle (Werth 36½ Mill. Frs.), Gold- und Bijouteriewaren (Werth 34½ Mill. Frs.), Gewebe, Posamentier- und Bandwaren aus Wolle (Werth 23½ Mill. Frs.), Steinoble und Rose (Werth 23½ Mill. Frs.), Garn aller Art (Werth über 15 Mill. Frs.) u. s. w. — Die Haupt-Ausfuhrartikel im Generalhandel von Frankreich nach Deutschland waren Wein (Werth 50½ Mill. Frs.), Getreide (Werth 41½ Mill. Frs.), Baumwolle (Werth 39 Mill. Frs.), Mehl (Werth 28 Mill. Frs.), Gewebe, Posamentier- und Bandwaren aus Seide (Werth 27½ Mill. Frs.), rohe Wolle und Wollähnliche (Werth 21½ Mill. Frs.), Seide (Werth 20½ Mill. Frs.), Kurzwaren, Bürstenwaren und Knäufe (Werth 20½ Mill. Frs.), Gewebe, Posamentier- und Bandwaren aus Seide (Werth 17½ Mill. Frs.), Garn aller Art (Werth 14½ Mill. Frs.), Thiere (Werth 13½ Mill. Frs.), Häute (Werth 12 Mill. Frs.) u. s. w.

Deutschland.

Δ Berlin, 17. November. Die Erneuerung des bisherigen vortragenden Rates für Lausanne, Freiherrn v. Landsberg, zum Landesdirektor der Rheinprovinz, hat die allerhöchste Bestätigung erhalten. — Durch das Reichs-Militärgesetz ist bekanntlich die Möglichkeit gegeben, vor malige Deutsche, welche in Deutschland ihren dauernden Aufenthalt nehmen, unter gewissen Voraussetzungen zum Militärdienst heranzuziehen. Von Seiten des Reichskanzleramtes ist darauf Bedacht genommen worden, daß die Anwendung dieser Vorschrift nach übereinstimmenden Grundsätzen erfolge und namentlich in Bezug auf diejenigen Personen, welche nach den Festsetzungen des Vertrages mit den Vereinigten Staaten vom 22. Februar 1868 als amerikanische Staatsangehörige anerkannt werden müssen, andererseits aber in Folge längerer Aufenthalts in Deutschland als zweijährigen Aufenthalts in Deutschland als auf ihre amerikanische Naturalisation verzichtleidend angesehen werden können. Nach dem Wortlaut des Vertrages von 1868 können solche Personen unter den erforderlichen Voraussetzungen ohne Weiteres zum Militärdienst herangezogen werden. Da jedoch ein solches Verfahren in manchen Fällen zu großen Härten führen würde, so soll von demselben in der Regel Abstand genommen, da das Verfahren keineswegs unbedingt in dem Reichsmilitärgesetz vorgeschrieben ist. Daher sollen Personen der bezeichneten Art nicht ohne Weiteres zum Militärdienst herangezogen, sondern zunächst vor die Wahl gestellt werden, entweder in Deutschland zu bleiben und sich der Militärschaft zu unterwerfen, oder das Gebiet des deutschen Reiches binnen kurzer Frist zu verlassen. — Von Seiten der befehligen preußischen Ressortminister sind die Behörden mit Anweisungen versehen worden, um die etwa vorliegenden Fälle in gleichmäßigen Verfahren und zwar im obigen Sinne zu erledigen. Ist wahrscheinlich in Folge des bekannten hamburgischen Falles geschehen, wonach die Einstellung des Betroffenen zum Militär „ohne Weiteres“ erfolgte. — Red. der Poener Btg.

Δ Berlin, 17. November. [Reichstag.] In der heutigen Sitzung führte die dritte Berathung des Gesetzes betr. die Befestigung von Ansteckungsflossen bei Bischöflichen zu einer eingehenden Diskussion, welche sich namentlich um die Frage bewegte, ob die Männer der Bahnhöfe desinfizirt und die Befugniß der Landesregierungen beschränkt werden soll, allgemeine Ausnahmen von der gesetzlich zu normirenden Befestigung der Eisenbahnen zu treffen. Präsident Delbrück erklärte die Annahme dieser Bestimmungen seitens des Bundesrates für unmöglich und wies im Besonderen auf die großen Kosten hin, welche der Reichsregierung aus deren Annahme entstehen würden, denn der Bundesrat müßt darauf bedacht sein, daß die den Eisenbahnen durch solche Verpflichtungen erwachsenden Kosten auch vollständig erfüllt würden. Der Abg. Thilo (aus Schlesien, jetzt Kreisgerichtsdirektor in Orléans, deutsche Reichspartei) hatte ein Amendement eingebracht, welches die Regierungsvorlage im § 1 (fiktive Verpflichtung) mit einer unumstößlichen Änderung wieder herstellen will und sich auch in anderer Beziehung (Zulassung von Ausnahmen der Landesregierungen) den Anscheinungen des Bundesrates nähert. Dasselbe wurde nach längerer Debatte angenommen, und im Weiteren die dritte Berathung beendet. Zum Schlus ging der Reichstag an die erste Berathung des Etats für Elsaß-Lothringen. Dr. Bundeskommissar Geh. Rath Herberg gab in einem sehr ausführlichen Vortrage eine eingehende Uebersicht über den Etat und hob hervor, daß dies der erste Etat sei, welcher auf Grund der mit dem Landesausschuss der Elsässer geslogenen Verhandlungen zu Stande gekommen. Am Ende nahm er Verantwoording zu bedauern, daß die Abgeordneten der Reichsstände sich den Bestrebungen der Regierung

gegenüber ablehnend verhalten, versicherte aber zugleich, daß die allmähliche Einverleibung Elsaß-Lothringen sich auch ohne deren Mitwirkung vollziehen werde. (S. den Reichstagsbericht in dieser Nummer.)

Der Kaiser gedenkt sich am 18. mit den Prinzen über Wittenberge zur Hoffagd nach der Gehrde zu begeben und am 20. gegen Abend von dort zurückzulehren. In der nächsten Woche sollen die hergebrachten Hoffagden in Königs-Wusterhausen und in den folgenden Wochen die bei Springe in Hannover, bei Hubertusstock u. s. w. abgehalten werden. — Das Präsidium des Reichstages folgte am 17. d. Nachmittag, einer Einladung des Kaisers zur Tafel.

Breslau, 17. November. [Prüfung von Pharmazeuten.] Am Montag fand abermals eine Staatsprüfung für Pharmazeuten statt. Es bestanden dieselbe die Herren: Ernst Dausel aus Lüben, Joseph Gierlowski aus Gniezen, Casimir Magierski aus Gniezen und Joseph Fenzler aus Kurzdorf (Provinz Posen). Mit den Genannten ist die Zahl von 1000 Pharmazeuten voll geworden, welche der Geh. Medizinalrath Prof. Dr. Goeppert als Mitglied der Prüfungskommission geprüft hat. Der selbe erfuhr diese Thatsache selbst erst, als er beim Eintritt in den Prüfungssaal seinen Stuhl mit einer Guirlande bekränzt fand und sich nach der Bedeutung dieses Schmuckes erkundigte. Von den übrigen Examinateuren wurden dem Herrn Professor die herzlichsten Glückwünsche dargebracht.

München, 13. November. Dem nach dem Kriege 1870/71 wegen Feigheit vor dem Feinde zur Todesstrafe verurteilten und zu 15 Jahren Festungsstrafe begnadigten ehemaligen Lieutenant v. Waldecks ist der Rest seiner Strafe von dem Könige erlassen worden. — Wie ernst es den bairischen „Patrioten“ mit dem Gedanken der Steuerverweigerung gewesen, geht daraus hervor, daß sie Reichsgutachten darüber eingeholt haben. Auf Ersuchen eines Mitgliedes der patriotischen Fraktion der bairischen Abgeordnetenkammer hat jedoch, wie das „Bair. Vaterland“ meldet, der katholische Staatsrechtsherr Böpfl in Heidelberg ein ausführlich motiviertes Gutachten abgegeben, dahin lautend, daß es mit Steuerverweigerung absolut nicht geht. Sie hat keinerlei rechtliche Basis, und selbst wenn sie solche hätte, dürfte davon kein Gebrauch gemacht werden. Steuerverweigerung wäre der unklugste und ungünstigste Schritt, den die patriotische Partei thun könnte; sie brächte unsägliches Elend und die unheilbarste Verwirrung in's Land, riese die Reichsexekution herbei, hätte die Vernichtung der letzten Reste bairischer Selbstständigkeit im Gefolge und wäre für die patriotische Partei selbst so viel wie Selbstmord.

De sperre i. o.

Wien, 16. November. Im Abgeordnetenhaus werden die ersten Antragen gegen die Handelspolitik vorbereitet und werden die Verhandlungen der nächsten Tage überaus lebhaft gestalten. Die Hochschulzöllner, hier mit dem bezeichnenden Parleinamen „Protectionisten“ belegt, hatten an die Regierung eine Interpellation beim Abgeordnetenhaus eingebrochen, worin sie der gesamten Zoll- und Handelspolitik Österreichs schaft zu Leibe gehen. Das interessante, mit 106 Unterschriften versehene, Schriftstück lautet:

In Erwägung, daß die österreichische Handelspolitik des letzten Jahrzehnts, insbesondere der englische Handelsvertrag und die englische Nachtragskonvention, die schwere Schädigung der österreichischen Produktion zur Folge hatten; in Erwägung, daß sämtliche wichtige Zoll- und Handelsverträge Österreichs mit fremden Mächten in den Jahren 1875 und 1876 fällig und kündbar werden; in Erwägung, daß die derzeit herrschende Unzufriedenheit in Rückblick auf die handelspolitischen Intentionen der Regierung läßt auf die österreichische Produktion und den österreichischen Handel wirkt, stellen die Unter signatarien an die kaiserliche Regierung nachfolgende Interpellation:

a) Gedenkt die kaiserliche Regierung die mit fremden Mächten abgeschlossenen Zoll- und Handelsverträge, welche im laufenden und im folgenden Jahre fällig und kündbar wären, insbesondere den Handelsvertrag mit Großbritannien ddo. 16. Dezember 1865, die Nachtragskonvention mit Großbritannien ddo. 30. Dezember 1869, den Handelsvertrag mit Frankreich ddo. 11. Dezember 1866, den Handelsvertrag mit Belgien ddo. 23. Februar 1867, den Handelsvertrag mit Holland ddo. 26. März 1867, den Handelsvertrag mit Deutschland ddo. 9. März 1868 zu kündigen? Hat die kaiserliche Regierung schon irgend welche, zu diesem Ziele führende Schritte, jumal in Rücksicht auf den englischen Handelsvertrag und die englische Nachtragskonvention ausgeführt?

b) In welcher Weise sollen nach Absicht der Regierung die fünfjährigen Zollsätze festgestellt werden? Gedenkt die Regierung insbesondere einen Minimal-Zolltarif noch im Laufe dieser Reichsrathssession zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen?

c) Was gedenkt die kaiserliche Regierung bei ihrer handelspolitischen Aktion zur Beseitigung der Missbräuche und Auswüchse, die bei Handhabung des gegenwärtigen Apparats Verfahren und vor verwandten Zoll-Instituten sich herausgestellt haben, vorzusehen?

Zugleich mit dieser Interpellation wurde aber noch eine zweite von der sogenannten „staatsrechtlichen Opposition“, d. h. den Polen,

Eichen und Ultramontane eingereicht, deren Spitze mehr gegen das gesamte System der Regierung gerichtet ist. Diese mehr allgemein politische, zugleich aber antisemitische Interpellation, die vor Allem überhaupt der auf dem 26. Nov. d. vor Boden stehenden Regierung etwas am Beuge annimmt — Jan. Feil

Interpellation an das Gesetz s. 100 p. C. wo die wirtschaftlichen Zustände sämtlicher im hohen mit Fach — einen Königreich und Länder erwerben in allen Kreisen die ernstesten Besorgnisse. Die Kriege des Jahres 1873 war leider keine vorübergehende Spekulations- oder Kreditkrise, wofür sie die hohe Regierung beim Beginne derselben gehalten zu haben scheint. Gleich einer schlechenden Krankheit greift sie immer weiter um sich; nicht nur die großen Unternehmungen auf dem Gebiete des Handels und der Industrie, auch das Kleingewerbe und die Landwirtschaft sind von einem Siechthume bebrodet, welches bei längerer Unhälfte unheilbar werden könnte. Die Ausbeutung der produktiven Arbeit im Allgemeinen, insbesondere aber jener des Landwirthes und des kleinen Gewerbsmannes durch einen von allen Schranken befreiten Wucher bildet den Gegenstand vielfältiger, leider bis jetzt erfolgloser Klagen. Die bisherigen Maßregeln und das Verhalten der hohen Regierung gegenüber diesen Zuständen verschaffen uns leider nicht die Beruhigung, daß dieselbe nach festen Prinzipien und nach einem wohlgedachten Plan vorgeht, um die wirtschaftliche Kraft der Bevölkerung zu stärken und der bereinbrechenden allgemeinen Verarmung, soweit dies durch staatliche Maßregeln möglich ist, einen Damm entgegenzusetzen. Namentlich ist es uns unmöglich, in der auf Antrag der hohen Regierung beschlossenen Maßregel der staatlichen Aushilfsklassen, sowie in den von der hohen Regierung gegebenen Andeutungen über ihre künftige Eisenbahnpolitik ein Anzeichen zu erblicken, daß die hohe Regierung, sicher in der Wahl der zu ergreifenden Mittel, mit Festigkeit und Ausdauer dem erwünschten Ziele entgegengeht. Es tritt nun abermals ein weiterer, für die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Reiches höchst wichtiger Moment durch den in nächster Zukunft bevorstehenden Ablauf des mit Ungarn bestehenden Zoll- und Handelsabkommen, sowie der mit dem Auslande abgeschlossenen Zoll- und Handelsverträge ein, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die hierbei von der hohen Regierung eingenommene Haltung für eine lange Reihe von Jahren über unsere wirtschaftliche Zukunft entscheiden wird. Nicht nur der Handel und die Industrie, sondern auch das Kleingewerbe und die Landwirtschaft verlangen dringend Aufklärung und Beruhigung über die Intentionen der hohen Regierung in dieser wichtigen Angelegenheit. Die Gestaltungen erlauben sich daher, die Frage zu stellen: Ist die hohe Regierung geeignet, die Grundzüge des die Förderung der Volkswirtschaft bezweckenden und insbesondere die künftig zu beobachtende Zoll- und Handelspolitik festzustellenden Pläne ihrer Aktion dem Reichsrath ehestens mitzuteilen?

Aus dem Trentino, 14. November, wird der „Allg. Z.“ geschrieben: Die Reise des Kaisers Wilhelm nach Mailand und besonders dessen erstes Nachtlager in Trient haben folgen herbeigeführt, welche der Kaiser sicherlich nicht im mindesten beabsichtigte, ja die ihn entschieden im höchsten Grad unangenehm berührten. Der Nebenmut der Italiens, d. h. der italienischen Partei in Südtirol, welche die Trennung des Landes bis Bozen vom Kaiserthum Österreich und die Vereinigung dieses Theiles mit dem Königreich Italien auf jegliche Weise zu erringen suchte, ist dadurch aufs Neue gefestigt worden. Es fanden bei der Anwesenheit des Kaisers in Trient so — gelinde ausgedrückt — taptole Demonstrationen der Italiens, verbunden mit einer solchen Verhöhnung Österreichs statt, daß der erläuterte Kaiser sich zuletzt vom Fenster zurückzog, die Serenade der städtischen Musikkapelle, welche die italienische Nationalhymne spielen wollte, nicht annahm, einen Aufzug der städtischen Feuerwehr, die italienischen Fahnen zu entfalten versuchte, anzufangen verweigerte und bestimmt erklärte, bei der Rückreise nicht wieder in Trient übernachten, sondern an dieser Stadt nur vorbeifahren zu wollen, was bekanntlich auch geschehen ist. Es müssen in der Nacht noch mehrfache Arrestationen wegen geradezu hochverrätherischer Demonstrationen vorgenommen werden, und es ist eine Untersuchung angestellt in Folge deren das städtische Musikkorps und die Feuerwehr aufgelöst und reorganisiert werden sollen. Das Journal „Il Trentino“, das Hauptorgan der Italiens in Südtirol, führt seit dieser Reise des Kaisers Wilhelm eine so beleidigende herausfordernde Sprache gegen Österreich, daß es sehr häufig mit Beschlag belegt wird. Daß dies alles die Deutschen in Südtirol auf das peinlichste berührt und ihre Abneigung gegen die Italiens noch mehr steigert bedarf kaum der Erwähnung.

Trentino.

Paris, 16 Nov. Von hier wird der „Nat. Ztg.“ telegraphiert: Das Gerüst, der Finanzminister Leon Say wolle in Folge der gestrigen Reise Buffets seine Entlassung nehmen, erhält sich, ohne bis jetzt eine Bestätigung gefunden zu haben. — Die verschiedenen Fraktionen der Majorität vom 11. Novbr. unterhandeln, um eine gemeinschaftliche Liste der von der Nationalversammlung zu ernennenden 75 Senatoren aufzustellen. Bis jetzt konnte jedoch zwischen der Rechten und der äußersten Rechten keine Einigung erzielt werden, weshalb die gemäßigten Rechte dem linken Zentrum Verschluß gemacht hat. In den Reihen der Linken herrscht Entmutigung, die Republikaner sollen aber

prächtig orchestriert Bravourstück, rissen das Publikum zu stürmischem Beifall hin.

Was nun das Spiel der übrigen Mitwirkenden betrifft, so gilt in vollem Maße was schon bei der ersten Aufführung hervorzuheben war, bis auf den Figaro des Herrn Taufsch, durchschnittlich eine unter den gewohnten Leistungen liegende Aufführung. Diese Oper, an und für sich schwierig, bringt es bei deutschen Kräften im günstigsten Falle zu ehrenvollem Erfolg. Dazu trat nun diesmal die Musterleistung der Italienerin. Zum ersten schien uns Herr Bollé unter dem Druck der Bescheidenheit neben der virtuosen Leistung des Gastes zu leiden. Sein Graf Almaviva trug den Stempel der Schüchterheit so sehr, daß die ganze durchgefahrene Rolle eine Art Selbstkritik seiner ersten verfehlten Arie war. Herr Taufsch zeigte wiederum den gewandten Sänger, der mit seinem Psunde zu wuchern weiß und an der richtigen Stelle die Schlaglichter aufsetzt.

Die an und für sich gerechtfertigte Einsicht der Herren Frey und Rechtmann, mehr nach der schwäbischen als nach der gesanglichen Seite hin zu wirken, gestaltete die Figuren des Doctor Bartolo und des Musikmeisters Basilio denn doch etwas zu burlesk, manche Szenen, wie namentlich die Schilderung der dahinschleichenden Verleumdung und so manche andere, wurden dadurch zu großer Wichtigkeit aufgebaut, statt sich etwas decenter über das allgemeine Niveau zu erheben; Finis coronat opus konnte man sagen als Rosina mit der perlenden Polonaise von Thomas schloß.

Der Oper war eine Konzert-Abtheilung vorauf gegangen. Herr Holländer spielte die Faust-Fantasie von Wienawski, gut und schön in ihren lyrisch-gesanglichen Stellen; Herr B. von Schlesier brillierte durch 3 Klavierstücke. Variationen von Händel, Nocturno von Field und Campanella von Liszt; alle 3 stilecht und in gleicher Vollendung gespielt, zeigte namentlich die Campanella am deutlichsten den prächtigen Anschlag. Auch diese Vorträge fanden eine gerechte Würdigung.

beschlossen haben, dennoch eine Interpellation über die innere Politik einzubringen.

Am 13. kam es in der pariser Rechtschule zu einer antirevolutionären Demonstration, worüber Folgendes berichtet wird:

Der Prof. Accaria, der Pandekten liest, spielt nämlich beim Beginne seiner Vorlesung auf die Gründung der katholischen Rechtsfakultät von Paris an, welche am 15. eröffnet wurde. „Ein gewisser Comité, äußerte er, hat einen Sieg über die Universität davon getragen, gegen welche es seit 50 Jahren kämpft. Unruhigen wir uns deshalb nicht, denn wir haben nichts von ihrer Konkurrenz zu fürchten, und dies aus drei Gründen. Der erste ist der, daß wir eine Schule der Freiheit sind. Sie sind frei bei uns, frei von jeder Überwachung, denn wir wollen nicht wissen, was Sie außerhalb der Schule machen: außerdem sind unsere Porten allen geöffnet, und wir legen Ihnen keinredo, keine Regeln für ihr Auftreten auf, wie man es anderwärts thun will vermieden einer Vormundschaft, welche die Kindheit verlängert. Endlich repräsentieren wir keine ausschließliche Meinung und wir sind hier ohne allen Parteigehalt. Unser Unterricht hat nie mal die Meinungen von irgendemand verletzt, und wir sind nie einer Meinung zu nahe getreten.“ Diese Bemerkungen des Professors waren gegen das Programm gerichtet, welches die katholische Fakultät von Paris veröffentlichte. Dieses Programm bestimmt zwar nicht, daß die Studenten der kath. Rechtsfakultät, wie in Angers interniert werden und sich um 10 Uhr Abends schlafen legen müssen, es hat aber doch alle „Vorsichtsmethoden“ ergriffen. Ein namentlicher Aufruf findet vor Eröffnung einer jeder Vorlesung statt; jeder Student wird unter die Vormundschaft eines Professors gestellt, der während seiner ganzen Studienzeit über sein Privatleben wachen wird; kein Student kann Privatstudien nebstem, ohne daß der Dekan es genehmigt hat, und kein Student darf die Vorlesungen der Staatsuniversität besuchen. Der Ausfall Accaria's misst den Jesuiten-Böllingen, die seinem Vortrag bewohnten und den Ruf erlösen ließen: „Aux Pandectes! Sofort höre man die Rufe: „Nieder mit dem katholischen Verein!“ „Nieder mit dem katholischen Komite!“ Die klerikalen Blätter sind natürlich entrüstet und verlangen die Absetzung des Professors, dessen Stellung jedenfalls sehr bedroht ist. Einer der Studenten, welche die Kundgebungen gegen den Professor machten, benutzte diese Gelegenheit, um zur katholischen Rechtsfakultät überzutreten. Derselbe kündigt dies dem Dekan der pariser Rechtsfakultät in einem Schreiben an, welche das „Univers“ sofort veröffentlicht.

Italien.

Rom, 15. Novbr. Die italienische Deputirtenkammer hat heute ihre Arbeiten wieder begonnen. Der Ministerpräsident und Finanzminister, Herr Minghetti legte der Kammer die Staatshaushaltsschrechnungen für 1874 mit den Bemerkungen des Rechnungshofes vor und knüpfte daran das Eisuchen, das vorläufige Budget für 1875 sofort in Angriff zu nehmen. Die Kammer trat dem Vorschlage des Ministers bei und schritt zur Konstituierung des Bureau. Wie verlautet, hat das Subkomité des Budgetausschusses die für die Erhebung der italienischen Gesellschaft in Berlin zum Range einer Botschaft geforderten 60.000 lire bereits bewilligt. Zu den bedeutungsvollsten Vorslagen der gegenwärtigen Session dürfte jedenfalls das von Herrn Minghetti seinen Wählern in Cologna klarlich versprochene Ausführungszetz zum Artikel 18 des Garantiegesetzes gehören, welcher verlangt, daß „durch ein besonderes Gesetz für die Neuregierung und Verwaltung des Kirchenvermögens im Königreich Sorge getragen werde“. Die Regierung hat es gewissmaßen nötig, das Gesetz noch mit der gegenwärtigen Kammer unter Druck und Fack zu bringen. Die Klerikale im Lande haben ihre anfängliche Apathie gegen das öffentliche politische Leben im neuen Italien längst aufgegeben und bereiten sich vor, nach dem Vorbilde ihrer Geschwister in anderen Ländern ihren Platz inmitten der Parteien einzunehmen. Bereits haben in einigen der größten Städte der Halbinsel die Päpstlichgesinnten bei den Wahlen zu den Municipalräthen Erfolge aufzuweisen und immer mehr bemüht sich das katholische Vereinswesen, um das ganze Land mit seinem Netz zu überziehen. Schr. wesentlich kommt den Klerikalen dabei zu Statten, daß, nachdem die Einheit Italiens vollendet ist und seine Integrität, Dank der Freundschaft großer Mächte, von keiner Seite mehr bedroht wird, die öffentliche Meinung ihr Augenmerk mehr und mehr auf die inneren Angelegenheiten des Landes richtet. Damit geht denn auch freilich die vordem erforderlich und vorhanden gewesene Geschlossenheit einer starken nationalen Majorität verloren und die letztere durchsetzt sich mit den Vertretern mehr oder minder haltbaren Prinzipien. Je mehr Italien gewungen war, Angesichts oder in Befürchtung auswärtiger Entwicklung, alle inneren Fragen und Gegensätze möglichst unberührt zu lassen, desto reicherer Nährstoff ist damit für die auf verschiedenen Seiten sich bildende Opposition erwachsen, welche ihre Legitimation zum nicht geringen Theil aus dem Sazie führt, daß zur Durchführung neuer Aufgaben auch neue politische Kräfte erforderlich sind. — Die am 12. unter dem Vorsitz Spa-

Neapel und seine Umgebung.

Am Montag Abend begannen im großen Lamberti'schen Saale die Reise der von dem höchsten kaufmännischen Vereine (nicht zu verwechseln mit dem Verein janger Kaufleute) veranlagten öffentlichen Vorträge. Anwesend waren 130 bis 140 Personen, darunter auch viele Nichtmitglieder. Herr Dr. Brieger sprach über Neapel und seine Umgebung.

Neapel liegt an dem nördlichen inneren Winkel des nach ihm benannten Meerbusens. Mehr als 11 Grad südlicher als unsere Stadt gelegen, erfreut es sich eines glücklichen Klimas. Durch regelmäßige Seewinde gemildert, steigt die Temperatur nie über 32° R. und sinkt nie unter -2°. Das Jahresmittel beträgt 14° bis 15°. Diese Temperatur bewirkt, in Verbindung mit der Beschaffenheit des theils alluvialen theils vulkanischen Bodens und dem trefflichen Anbau die außerordentliche Fruchtbarkeit der Umgegend von Neapel. Die Stadt darf gegenwärtig tatsächlich etwa 450.000 Einwohner haben; ihre größten Dimensionen betragen 3 und 4 km. Die Industrie ist gering und, wie der Großhandel, fast ganz in fremden Händen. Von Produkten neapolitanischen Gewerbelebens werden fast nur Schmuckgegenstände aus sogenannter lava (reinem Kalkstein) Schildpatt oder Korallen, und vorwiegend die Handicraft exportiert.

Nach diesen Notizen entwarf der Vortragende ein Gemälde der Stadt und des in ihr wohnenden Lebens. Wie und da berührte er auch historische Erinnerungen. So gleich im Anfang, dort, wo der mit dem Bahnhause angelegte Friedhof erworben ist das Ufer des Golfs erreicht, liegt, an das Castello del Carmine angebaut, die gleichnamige Kirche. Hier ruht Conradino's Grab und eine von Schöpf nach Thorwaldsen's Entwurf gearbeitete Statue, welche Maximilian II. von Bayern hat errichten lassen, erhebt sich über seinem Grabe. Auf dem Largo del Mercato, wo jetzt, vor allem an Markttagen, das lauteste Leben braust, fiel am 29. Oktober 1268 unter dem Schluß des durch Karl von Anjou's Söhnen in Baume gehaltenen Balles das Haupt seines Lieblinge — die Schauszene der gewaltigen Hohenstaufentragödie! Wie viel glücklicher ist ein Beitalter, wo ein deutscher Kaiser über die Alpen zieht, um dem Könige Italiens die Freundschaft zu reichen und die vertrüglichen Beziehungen der beiden unter ähnlichen Verhältnissen endlich geeinigten Länder zu besiegen!

Bei del Carmine sieht der Fremde an mondernen Abenden zuerst das wahrhaft einzige Schauspiel, welches Neapel gemacht. Im Vogen hingestellt ist das Golf, in dessen klarem Spiegel sich Täufende von Lichtern spiegeln, majestätisch überragt von dem hoch thronenden Castell

Interimstheater.

Der „Barbier von Sevilla“ hatte am Dienstag die Räume unseres Theaters bis unter's Dach gefüllt, war es ja unserer Theater-Direktion gelungen, Ms. Donadio für die Rolle der „Rosine“ zu gewinnen. Wer die Künstlerin in den beiden Konzerten gehört, hat wohl schwerlich den heimlichen Wunsch unterdrückt, dies bedeutende Talent auch einmal im breiteren Rahmen der Bühne und losgelöst von den Beschränkungen und kleinen Einbußen eines Konzertvortrages sichtentwickeln zu sehen. Verhält sich ja doch eine Opernarie im Gewande und im Saale des Konzerts gegenüber der dekorativen, kostümirten dramatischen Originalleistung auf dem Theater wie ein Surrogat zum echten Produkt. Ist ja doch nicht nur die Stimme mitten im dramatischen Flusse der Handlung eine andere, eine mehr vom Geiste gesetzte, das Gesamtprodukt mehrerer wirsamen Kräfte, sondern auch das Ohr des Zuschauers und das Auge des Zuhörers suchen in lebendiger Wechselwirkung, ganz abgesehen davon, daß selbst der langvolle Konzertflügel nie im Stande ist, das musikalische Kolorit des vollen Orchesters zu ersezten.

Wer der vorigestrichen Vorstellung bewohnte und gleichzeitig Gelegenheit gehabt hatte, eine und die andere Gesangsnummer in einem der vorhergehenden Konzerte schon gehört zu haben, wird erinnern nur an die Arie „una voce poco fa“ und die Variationen von Prok, wird uns beipflichten, daß der vorgestern empfangene Eindruck ein wesentlich gesetzterter war.

Das war eine Leistung von ureigner Gestaltungskraft, das war die liebenswürdige, neckische oft hart an die Janigkeit streifende Rosine, wie sie Rossini so unübertraglich durch Töne charakterisiert hat. Und dabei Bewegung, Spiel und Gesichtsmimik so überzeugend, daß selbst die Gründlinge des Theaters ohne Lexikon jeder italienischen Wendung zu folgen vermochten.

Die beiden von der Künstlerin eingelegten Gesangsnummern: Thema und Variationen von Prok, sowie die Polonaise aus Mignon von Thomas, letzteres ein zierliches, überaus wirsames,

bent's stattgefunden außerordentliche Plenarsitzung des obersten Konsells der öffentlichen Arbeiten, worin die Tiberprojekte zur Verhandlung kamen, war zahlreich, wie selten, besucht. Garibaldi intervenierte, er war von seinem Sohne Menotti begleitet. Die Ingenieure: Professor Filosanti, Ex-Oberst Amadei und Kommandatoren Baccarina, Generaldirektor der hydraulischen Werke im Arbeitsministerium, gaben jeder ihre Projekte ab. In weiteren Sitzungen werden die Verhandlungen eingeleitet werden. Eine zahlreiche Volksmenge umdrängte die Ministerresidenz und ließ den General bei dessen Ankunft und Abfahrt hochleben.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung. (Schluß).

Berlin, 17 November. Im Fortgang der heutigen Sitzung folgte nach Erledigung der dritten Berathung des Gesetzes betr. die Belebung der Aktienkäufe bei Börsenförderungen die zweite Berathung, die von dem Abg. Stenglein vorgelegten Gesetzentwurf betreffend die Umwandlung von Aktien in Reichsbanknoten, dessen beide Paragraphen lauten: § 1. Die Bestimmungen des Art. 207 a des Handelsgesetzbuchs Absatz 3 lauten: „Der Nominalbetrag der Aktien über Aktienanteile darf während des Bestehens der Gesellschaft weder vermindert noch erhöht werden, findet keine Anwendung, wenn der Nominalbetrag von Aktien, welche nicht auf Thaler Courant oder Reichswährung lautet und nicht in einer auf fünfzig theilbaren Summe der Reichswährung umgerechnet werden kann, auf den zunächst entsprechenden, durch fünfzig theilbaren Betrag von Reichsmark erhöht oder vermindert wird.“ § 2. Eine Umwandlung nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes ist nur statthaft, wenn diese Umwandlung vor dem 1. Januar 1878 beschlossen und zum Handelsregister angemeldet worden ist.

Zu § 1 liegt ein Amendment des Abg. Dr. Wölffson vor, den Schluß dahin zu fassen: wenn der Nominalbetrag u. s. w. lautet und nicht in einer mit fünfzig theilbaren Summe in Reichsmark umgerechnet werden kann, auf den nächst niedrigeren durch fünfzig theilbaren Betrag in Reichsmark vermindert oder auf den nächst höheren durch fünfzig theilbaren Betrag in Reichsmark erhöht wird. — Abg. Dr. Wölffson bezeichnet den Antrag selbst als eine lediglich reaktionelle Verbesserung des Paragraphen.

Abg. Dr. Siemers: Ich bitte, den Gesetzentwurf abzulehnen, zu welchem weder ein praktisches noch ein theoretisches Bedürfnis vorliegt und der lediglich auf die allerdings sehr schwierige Umrechnung von 200 Gulden-Aktien in Reichsmark gestützt ist. Die Kommission, welche den Entwurf in der vorigen Session durchberaten hat, hat ebenfalls nur Zweckmäßigkeitssprüchen dafür geltend machen können, und wenn diesen gegenüber zwei Juristen ersten Ranges, Mitglieder des Reichsgerichtsgerichts, uns versichern, daß Alles, was die Praxis verlangt, in dem bestehenden Rechte enthalten ist, so liegt kein Grund vor, ein neues Gesetz zu geben, weil vielleicht einige Appellationsgerichte sich nicht belehren lassen wollen. Die theoretischen Konsequenzen des Gesetzes wären geradezu bedeutlos, denn es erleichtert die Spekulation in Aktien und fördert damit eine Richtung unseres Verlebens, die ich nicht gefördert wissen möchte. Daß die Reichswährung wirklich die Rednung der süddeutschen Aktiengesellschaften erschwert, muß ich bestreiten, denn es ist ihnen ganz gleichgültig, ob sie auf der Deutschen Seite 999,999 Mark oder 1,000,000 Mark stehen haben, denn sie rechnen, was sie verdienen und verteilen doch in Marktwürde aus, und ich kann nur das als richtig zugeben, daß bei Aktien, welche an der Börse nicht nach Stück, sondern nach Prozenten gehandelt werden, der Kommiss circa eine Viertelminute mehr Zeit brauchen wird, wenn er Zinsen und Dividende von 345 Mark und so und so viel Pfennigen statt von 350 Mark ausrechnen muss. Man sagt, daß das Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes den Handel erschwert. Auf die Gefahr hin für einen Reizer am heitigen Menschenstande gehalten zu werden, halte ich die Entwicklung, welche der Handel in Aktie genommen hat, keineswegs für unbedenklich. Er verflüchtigt das Kapital immer mehr und mehr in Papierabschriften, die heute in den und morgen in jenen Händen sind, die man des Kurses wegen erwirkt, ohne Partner am Geschäft sein zu wollen, für welches auch der Direktor unter diesen Umständen das Gefühl der Verantwortlichkeit verliert. So ist es gekommen, daß auch die ärmsten Klassen, daß Hausknöchte und Wittwen ihr Geld in Aktien angelegt haben. Ich meine daher, wir hätten alle Veranlassung, in dem Gebiete des Aktienrechts eine andere Richtung der Gesetzgebung einzuhüpfen, und ich würde es befürworten, wenn durch die Annahme des Antrages Stenglein der heutige betrete Weg eine neue Förderung erfahren sollte.

Abg. Sonnemann: Ich muß zunächst dem Bundeskommissar der bei der ersten Berathung gesprochenen, bestreiten, daß der Reichstag in der vorigen Session mit seiner Autorität derjenigen des Reichshandelsgerichts in dieser Frage entschieden ist. Der Reichstag hat vielmehr die Streitfrage ganz in der Schwebe gelassen und einen Ausweg einzuschlagen versucht. Drei Gebiete sind bei der Umrechnung in Reichswährung interessant: Hamburg, Bremen und Süddeutschland. Für die ersten beiden Orte hat der gegenwärtige Entwurf gar kein Interesse, denn Mark Banko lassen sich leicht in Reichsmark umrechnen; für das Bedürfnis Süddeutschlands genügt die Vorlage dagegen nicht, denn unsere Aktien sind zweierlei Art; entweder sie sind solche die nach der Stückzahl gehandelt werden — und für diese kommt

St. Elmo, von dessen Höhe kein Wütherich (Rébombar) mehr die schöne Stadt bedroht, wird sie dann von dem milden Lichte verklärend überdecken, welches der voll Mond aus tiefem, südlichen Nachthimmel herabendet. Harfen- und Gitarrenklänge, Mädchengelang vom Meere her, „Santa Lucia“ und fröhliches Blaudern und Lachen sorgloser Menschen, geben dem staunenden Ansäumling bald eine Bürgschaft, daß ihn kein Traum äfft, und freudig rast er aus: „Ich bin in Neapel!“

Er wird diesen Ausruf noch öfter wiederholen, aber allerdings nicht immer im Ton der Befriedigung. Wenn die Rose unsäglich leidet, wenn der Anblick von Schmuck auch das Auge verletzt, wenn bei der naiven Unverträglichkeit von Menschen, welche jeder Fremden als gute Beute betrachten, ihm die Geduld reichen will, dann beruhigt er sich selbst mit einem resignaten: „Ich bin in Neapel.“

Das Leben Neapels pulsirt vor Allem Abends am lebhaftesten, in der fast die ganze Stadt in westlicher Richtung durchschneidenden Strada di Roma, welche sonst der Toledo hier. Der Verkehr in den stets besuchten Cafés und vor ihnen, wo es den ganzen Tag nicht leer wird von Kaffeeintratern und Eisessern, der ausgedehnte Haushandel mit Wachsziegelböndern, Korallenenschmuck und ähnlichen Waaren, welchen Tausende von Erwachsenen und Kindern betrieben, die Rose der Stiefelpürger, das Geschrei der Schwestern und Eiferwasserläuferinnen, der Eselsreiter, die beständigen Droschkenfahrer, das ewige Waggonerassel, wie es in einer Stadt natürlich ist, wo nur der ganz Unbemittelte größere Streden zu Fuß zurücklegt, — das Alles wirkt fremdartig und ansangs auch aufregend und beängstigend.

Gerade entgegengesetzt wirkt, was man von S. Lucia, von der schönen Villa nazionale (früher reale) auf der Chiaia oder von den Fenstern und flachen Dächern der an diesen Uferstrassen gelegenen Hotels aus erblickt. Links der schön geformte Belub, an dessen Füße die weißen Häuser der Städte S. Giovanni, Portici, Resina, Torre del Greco und Torre dell' Annunziata eine einzige schimmernde Perlenkette bilden, geradeaus die Halbinsel, auf welcher am Fuße der hohen Gebirgskette von S. Angelo Lazio's Geburtsort, das schöne Sorrent liegt, und rechts davon die wunderbare Gestalt der hohen Berginsel Capri, dazwischen ein Ausgang in das unendliche Meer. Während diese Höhen in allen Ausflusungen von Blauem oder bei gewissen Beleuchtungen in Violettblau liegen, wechseln die lichten Farben des Meeres protestartig in der wunderbarsten Weise.

An das Wort Goethe's und W. v. Humboldt's erinnernd, daß für den Menschen das Interessanteste der Mensch sein soll, lehrte der

Gesetz nicht in Betracht — oder sie lauten wie die französischen 500 Francs-Aktien oder die österreichischen 300 Gulden-Aktien über einen gleichen Nominalbetrag, und bei diesen hat es wieder keinen Sinn, wenn man z. B. Beträge von 1000 Gulden in solche von 1700 Mark umwandelt — und das will auch Niemand. Was man wünscht ist, daß es zulässig sein möchte, sie in Beträge von 2000 M. umzuwandeln. Angeicht der vielen Schwierigkeiten, welche sich sonst noch darbieten, möchte es empfehlenswerth sein, den § 1 unter Annahme folgender motivirter Tagesordnung, die ich mir vorzuschlagen erlaube abzulehnen.

In Erwägung, daß der Art. 207a Absatz 3 des deutschen Handelsgesetzbuchs nur gegen eine fiktive Vermehrung oder Verminderung des Nominalbetrags der Aktien gerichtet ist, nicht aber eine Verminderung mittelst effektiver Rückzahlung oder eine Vermeidung mittelst effektiver Rückzahlung oder eine Zusammenlegung von Aktien unbeschadet der Artikel 219 und 248 des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs verbietet, geht der Reichstag über den § 1 des Antrages des Abgeordneten Stenglein zur Tagesordnung über.

Abg. Dr. Bamberger: Seltener habe ich es erlebt, daß mehr 24 pfundige Kanonen aufgefahren worden sind, um einen armen Sperrling tot zu schwiegen, als es der Abg. Siemens getan, der sogar die sozialen Grundlagen der Gesellschaft aufzuwühlen für nötig gehalten hat, wo es sich lediglich um die Akkommmodation an ein praktisches Bedürfnis handelt, um welche die Beteiligten bitten, und die zu gewähren die Gerechtigkeit erfordert, da wir die Münzumwandlung seiner Zeit nach der Bequemlichkeit der Mehrheit, nämlich Norddeutschlands, vorgenommen haben. Ich meine, wir sollten umso weniger Skrupel haben, den Süddeutschen die kleine Gefälligkeit, die sie von uns verlangen, zu erweisen, als die Reichsregierung sie zu gewähren bereit ist, und vom Abg. Sonnemann vorgeschlagene Ausweg einer authentischen Interpretation des Art. 207a, eingeleitet in die Erörterungsgründe einer motivirten Tagesordnung ungleich bedenklicher ist.

Abg. Dr. Bähr (Kassel): Wenn durch den Antrag nur die reale, nicht auch die fiktive Erhöhung der Aktien geflättet werden soll, so sagt er nicht mehr, als noch dem Aussprache des höchsten Gerichtshofes bereits im Gesetz steht, und was dadurch nicht geändert wird, daß von einer aus acht Mitgliedern des Reichstags zusammengesetzten Kommission einiger anderer Anstalt gewesen sind. Wird der Art. 207a delikatiren muß, so wie das Gesetz liegt, läßt es aber keinen Zweifel, daß daraus die Folässigkeit der fiktiven Erhöhung gefolgt werden kann, denn die Aktie ist kein Geld, sondern ein aliquoter Anteil am Aktienvermögen, aber das Gesetz verlangt doch, daß die erste Anzahlung immer in Höhe des Nominalbetrages erfolgt. Der Antrag enthält also eine Unwahrheit, und ich kann es nicht billigen, einer solchen die gesetzliche Sanction zu geben.

Damit schließt die Debatte. Der Antragsteller Abg. Stenglein vertritt nochmals seinen Antrag mit Hinweis auf das in Süddeutschland bestehende Bedürfnis, indem er dem Abg. Sonnemann entgegenhält, daß man auch in Frankfurt a. M. immer eine Abschlagszahlung, die das Gesetz bietet, dem Fortbestehen des gegenwärtigen Zustandes vorziehen würde.

Der Antrag Sonnemann auf motivirte Tagesordnung wird abgelehnt und § 1 mit dem Amendment Wölffson genehmigt. § 2 wird ohne Debatte angenommen. Hiermit schließt die zweite Sitzung.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Berathung des Landeshauptsatzes von Elsaß-Lothringen für das Jahr 1876.

Abg. Rath Herzogs betont in seinem sehr einziehenden einleitenden Vortrage, dessen Details in den Grenzen dieses Berichtes vollständig nicht wiedergegeben sind, daß den bei der vorigen Berathung des Etats im Reichstage gefärbten Wünschen nachgekommen worden sei; vor Allem aber sei es für die Reichsregierung ungemein beruhigend, zum ersten Mal einen Etat der Reichslandschaft vorlegen zu können, der auf Grund der mit dem Landesausschuß geschlossenen Verhandlungen zu Stande gekommen sei; die Regierung habe keinen Anstand genommen, dem Landesausschuß alles Material, welches zur gründlichen Erfassung der gegenwärtigen Lage nützlich erschien, zugetragen zu machen und mit keiner Eröffnung zurückgehalten. Der Landesausschuß habe die ihm gestellte Aufgabe in dem Sinn, wie sie gestellt, ausgeführt. Nachdem die Spezialrats durch Kommissionen vorbereitet, habe eine Begutachtung des Etats in der Plenarsitzung stattgefunden. Wer die Protokolle über die geschlossenen Verhandlungen gesehen, müsse den Worten des Präsidienten des Ausschusses bestimmen, die er am Schluß der Sitzung that: „Wir haben alles nach besten Kräften geprüft; wir haben dem Guten, das wir gefunden, unsere Anerkennung gezeigt, wir haben Kritik geübt, wo wir sie begründet glaubten, wir haben mit Gewissenhaftigkeit und Treue nach Maßgabe unserer Tätigkeit das uns anvertraute Mandat erfüllt.“ Diese eingehende Berathung habe den Erfolg gehabt, daß die Regierung den Abänderungsvorschlägen des Ausschusses nicht habe zustimmen können und sei demnach zu erhoffen, daß auch die Berathungen des Reichstages dadurch erheblich verkürzt werden würden. Während Sie, meine Herren, fährt Redner fort, im Vorjahr, nachdem die Abgeordneten für Elsaß-Lothringen es abgelehnt, hatten, an den Arbeiten der Etats-Kommission Theil zu nehmen, auf die Auskunft angewiesen waren, die die Regierung durch ihre Organe Ihnen geben konnte, welche beim besten Willen nicht erlösend sein konnte, treten Sie dieses Jahr an die Berathung mit der Verhügung, daß alle Positionen des Etats von sachkundigen Männern des Landes berathen sind. Da nun die Vorschläge der Re-

gierung auf den Gutachten des Landesausschusses meist basieren, wird die Vermuthung nahe liegen, daß dieselber auch dem Reichstage annehmbar erscheinen. Bei dieser Sachlage kann ich mich auf wenige orientirende Bemerkungen hinsichtlich der materiellen Seite beschränken. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 43.821.293 M. Pf., während der Etat pro 1875 mit 39.800.000 M. balanzierte; es ergiebt sich für diesmal ein Mehr von rund 4 Millionen. Diese Steigerung ist nur zum kleinsten Theil eine Wirkung der Vermehrung der fortlaufenden Ausgaben, zum Theil ist sie lediglich rechnungsmäßig formal. In der Haupsache beruht sie darauf, daß die Schuldenverbindlichkeiten des Landes im Vorjahr nicht definitiv geregelt wurden, sondern als schwierige Schulden fortgeführt sind und daß dies Verhältnis auch für das künftige Jahr bestehen bleiben soll.

Um ein richtiges Bild von der Lage des Haushalts zu gewinnen, bedarf es einer Sonderung der Ausgaben nach ihrem Zweck und einer Sonderung der Einnahmen nach der Quelle, aus der sie fließen. Ich gestatte mir zunächst einige Worte über die letzteren. Von den veranschlagten Einnahmen ist nach diesem Gesichtspunkt der Ertrag der ausgegebenen Schatzanmietungen und eine Reihe durchlaufender Beiträge in Summa 9.389.000 Mark abzusezen. Zieht man diese von den veranschlagten Einnahmen ab, so bleiben 34.411.000 M. welche als aus dauernden Quellen stehend anzusehen sind. Dieser Betrag übersteigt die gleichartigen Einnahmen des Vorjahrs um 1.534.000 Mark. Nach einem gleichen Gesichtspunkte werden auch die Ausgaben veranschlagt sein. Demnach sind vorweg abzufinden die Beiträge, welche erforderlich sind zur Deckung der aus dem Friedens-Vertrag sich ergebenden Schuldenverbindlichkeit. In dem Specialestatat die allgemeine Finanzverwaltung sind diese Beträge auf 10.208.000 Mark beziffert. Werden diese von dem Gesamtbetrag der Ausgaben abgezogen, so verbleiben 33.611.000 M., welche der Etat als von fortlaufend in Höhe von 30.701.000 M. und als einmalige in Höhe von 2.910.000 M. nachweist.

Die Steigerung der fortlaufenden Ausgaben gegen das Vorjahr beläuft sich auf ca. 135.000 M.; da gegen weisen die außerordentlichen Ausgaben eine Minderung von 1.532.000 M. nach, so daß der Etat d. J. gegen das des Vorjahrs um 1.397.000 M. günstiger abschließt. Die Erhöhung der fortlaufenden Ausgaben ist das Resultat der Gesammbücherstellung der gemachten Ersparnisse und eingetretenen Erhöhungen; diese belaufen sich auf 591.000, letztere auf 720.000 M. Die Ersparnisse röhren daher, daß der Dispositionsfonds des Oberpräsidienten vermindert ist, von der wesentlichen Beschränkung an Beauftragtenstellen in der Verwaltung, von der Reduktion der Bürouausgaben und im Unterrichtsetat. Die letztere bedeutet nicht, daß die Ausgaben für den Unterricht beschränkt worden sind; sie verdankt ihre Erhöhung vielmehr dem Betrage von 400.000 Mark zu den Kosten der Unterhaltung der Universität Straßburg, welche aus Reichsmitteln gewährt werden sollen. Ich verweise es mir hier auf die politischen Gründe und die Gründe der Billigkeit einzugehen, welche die verbündeten Regierungen bestimmten, Ihnen dies in Vorschlag zu bringen; ich darf Sie aber Namens der Verwaltung bitten, dieselbe Theilnahme, die Sie bisher der Universität Straßburg bewiesen haben, durch Annahme des Vorschlags auch ferner an den Tag zu legen. In der Erhöhung der Ausgaben ist zunächst der Matrikelbeitrag mit 234.000 Frs. zu erwähnen, sodann entfallen namhafte Posten auf die Etats der direkten Steuern und der Justizverwaltung. In dem ersten ist ein erheblicher Betrag von 46.000 M. erforderlich zur Einrichtung von Stellen für Kassenkontrolleure, welche zur französischen Zeit besonders in Wegfall gekommen waren und deren Geschäfte von der deutschen Verwaltung den Kreisdirektoren und anderen Beamten übertragen worden waren. Die Tätigkeit dieser hat sich als unzulänglich erwiesen und wird wiederholt früher Anträge gestellt worden, wiederum besondere Beamte anzustellen. Die Regierung hat sich aus triftigen Gründen diesem Wunsch gegenüber zunächst ablehnend verhalten. Die widersprechenden Gründe erscheinen besonders geeignet zur Prüfung im Landesausschuß und hat deshalb bei dieser Prüfung sich dahin schlüssig gemacht, daß die Beaufsichtigung der Steuerempfänger notwendig sei und es sich besonders empfiehlt, spezielle Beamte für diesen Zweck anzustellen, denen gleichzeitig die Kontrolle der Staats- und Gemeindekassen obliegen soll. Gleichzeitig wurde in Anregung gebracht, die Kosten hierfür dadurch zu befreien, daß die zum Theil überreichen Bezüge der Gemeindenehmer-Empfänger neu geregelt würden. Die Regierung hat diesen Vorschlag Folge gegeben, indem sie Ihnen § 4 des Etats-Gesetzes zur Annahme vorlegt. Die Erhöhung der Ausgaben im Bereich der Justizverwaltung entspringt aus der Vermeidung der Kriminalosten, welche nach der Erfahrung der letzten Jahre um 100.000 M. höher veranschlagt werden müssen. Sodann aus der Herstellung und Erneuerung der Friedensgerichte. Im Jahre 1871 wurde die Zahl der Friedensgerichte von 95 auf 76 reduziert. Die Wiederherstellung der aufgehobenen ist von dem Landesausschuß dringend gewünscht worden und hat die Regierung diesem Wunsche wenigstens so weit nachgegeben, daß die Mittel zur Wiederherstellung von 10 Friedensgerichten in den Etat eingestellt worden sind. Die Aufnahme von außerordentlichen Arbeiten im Bereich der Forst- und der Wasserbauberatung ist auf Wunsch des Landesausschusses gemindert oder doch verzögert worden. Die von dem Landesausschuß verlangte Absetzung der geforderten Mittel zur Herstellung von Holzgebäuden erfolgte dagegen nicht, weil die Behauptung nicht anerkannt werden konnte, daß eine Verpflichtung von Elsaß-Lothringen zur Aufbringung derartiger Posten nicht existiere.

Die regelmäßigen Einnahmen des Landes ergeben gegenüber den

Vortragenden dann zu der Bevölkerung zurück und entwarf von dem Leben und Wesen derselben, vor Allem von dem des eigentlichen Volkes, ein buntes Bild. Er fand aber den größten Reiz nicht in der imponirenden Erscheinung der sonnengebräunten Fischer und Schiffer, welche in ihren braunen Gewändern oft antiken Bronzestatuen ähnlich sehen, noch in den schönen Gestalten und der malerischen bunten Kleidung der Männer und Kinder, sondern in der fast unbedingten und dabei so graziosen Natürlichkeit, in welcher diese Menschen leben. Er sprach vor allem von den angeblichen Lazarini, deren Dasein schon Goethe mit Recht gelegnet habe. Die Art, wie die Fischer, Lastträger, Dienstmänner und viele ähnliche Existenzier in den Tag hineinleben, erklärte er aus den klimatischen Bedingungen, welche zwar eine eisige Wohnung noch warme Winterkleidung als unerlässlich erscheinen lassen, aus der Möglichkeit des Siedlenders und aus der großen Menge von Wohltätigkeitsanstalten. Wie aber die Leichtigkeit des Lebens und die Scheu vor ernster Arbeit die Entwicklung der Menschen zurückhalte, das zeigte die Geschichte von Neapel, welches kaum einen Künstler, kaum einen Helden oder Staatsmann hervorgebracht habe.

Die ärötesten und schlimmsten fiktiven Wunden des neapolitanischen Volkstumes sind die Unreinlichkeit, welche in einzelnen Erscheinungen an jene Bierhäuser erinnert, die fest die Prävention erheben unsre armen Beteren zu sein, die Unreinlichkeit in Handel und Wandel, welche sich doch fast nur dem Fremden gegenüber zeigt, und die Bettel. Nicht nur die zerlumpten Leute betteln auf der Straße, radslagend und auf den Händen laufend, nicht nur die lustige Jugend, welche in dem alten Hafen schwimmt und badet, ruft, während sie sich am Ufer von Sonne und Wind trocken läßt, zu den Fenstern des Hotel di Roma empor „Signor, un soldo! Signora, un soldo! Signorina, un soldo!“ sondern die Mägde kommen vom Wäschezwecke hergezogen und betteln, mit blitzenden schwarzen Augen und blutend weinen Bäumen lächelnd, den Fremden an. Ohne daß ein König gerufen: „Wer wagts es, Mittermann oder Knapp?“ und ohne daß ein goldener Becher in die Tiefe geworfen, nein, um ein oder zwei Soldi, erbieten sich anständig gekleidete Leute, die auf dem Heimweg von der Schule begrüßt sind, ins Meer zu springen und der Dampfer von Capri, wenn er auf der Rhede von Sorrent hält, wird von mehreren Booten mit der für Kupfergeld tauchenden Jugend von Sorrent wie von Piraten angefallen.

Doch diese romantische und malerisch wirkende naive Verkommenheit wird bald ihre Zeit gehabt haben. Mit der liebenswürdigsten Energie arbeitet die italienische Regierung daran, das Schulwesen zu

organisieren, auszudehnen und zu vervollkommen und so das Volk zu heben. Möge nur mit der zunehmenden Sittigung nicht jene Freiheit und Anmut der Naturliebe zu Grunde gehen, durch welche der Italiener und vor allem der Neapolitaner uns als der einzige Erbe oder Sprößling des schönen Hellenentums erscheint!

Nicht minder als die herrliche landschaftliche Natur bietet auch die Kunst dem Fremden in Neapel eine stille Zufluchtstätte, wenn ihn das

bunte Leben des Toledo befreut und verwirrt. Nur flüchtig konnte der Vortragende seine Zuhörer durch das Museo nazionale führen. Ebenso flüchtig auch auf den Befeu, nach Pompeji, Sorrent und Capri, da bei der Überfülle des Stoffes die Zeit schon weit vorgeschritten war. Ihr Berichterstatter bricht hier ab, weil er schon ein beträchtliches Stück von dem Souterrain der Posener Zeitung in Anspruch genommen hat.

* Fächerwedeln und Musik. Herr Hans von Bülow ist, wie das N. V. B. J. mittheilt, in seinen Bostoner Konzerten auf eine von Amerika besuchenden Virtuosen so stark mit den Fächern, daß er, da das Tempo dieser Fächerbewegung, auf welche seine Aufmerksamkeit unwillkürlich hingelenkt wurde, mit dem seines eigenen Musikkörpers und des begleitenden Orchesters so ganz und garnicht harmonirte, schied aus dem Orchester gekommen wäre. Das ist sicher kein g

Ausgaben einen Überschuss von 3,729,000 Mark. Von diesem Überschuss beanspruchen die außerordentlichen in jedem Jahr wiederkehrenden Bedürfnisse für das nächste Jahr 2,910,000 Mark, so daß ein reiner Überschuss von 819,000 Mark zur Bildung von Kapitalien übrig bleibt. Die im Wesentlichen abgeschlossene Organisation der Verwaltung wird eine Steigerung der Ausgaben im nächsten Jahre nicht be vorrufen, dagegen wird die Verminderung der Obligationen der Inhaber bedeutender Stellen im Justizministerium und die Verminderung der steuernden Schulden zusammen ein Mehr von rund 500,000 Mark erfordern, so daß der erwähnte Überschuss sich auf etwa 319,000 Mark herabminderet. Die Regierung hat wieder zur Deckung der Staatsverbindlichkeit aus dem Friedensvertrag die Aufnahme einer sonnigen Anleihe in Aussicht genommen. Der Landesaufschuß hat sich dem nicht angezogen; er hat der Ausgabe von Schwanzausweisen den Vorzug gegeben in der sehr unvorbereiteten Hoffnung, die schwebende Schuld aus den laufenden Einnahmen zu decken. Die Regierung hat trotz vielfacher Bedenken dem Vorschlag des Landesaufschusses nachgegeben, in der Hoffnung, auf das Projekt einer fundierten Anleihe vor Ablauf des fünfjährigen Zeitraums zurückzutreten.

Meine Herren! Ich glaube, daß diese Andeutungen ausreichen, um darzuthun, daß die Finanzlage des Landes im Allgemeinen eine günstige ist und daß zwischen Einnahmen und Ausgaben ein normales Verhältnis dauerhaft herstellbar sein wird — die ruhige Entwicklung der Verhältnisse vorausgesetzt. Es ist dies um so wahrscheinlicher, als die Steuerbelastung jetzt durchaus geringer ist, als zur französischen Zeit und um die oft angezeigte Thatfache darzustellen, ist eine vergleichende Uebersicht der Steuern und Abgaben zur französischen Zeit und analog unter deutscher Verwaltung aufgestellt. Es sind die Anteile an den gemeinsamen Lasten nach dem Verhältnis der Kopfzahl der Bevölkerung ermittelt worden und stellt sich hierbei heraus, daß die Belastung pro Kopf der Bevölkerung bezüglich derjenigen Steuern, welche das Reich verlangt, zur Zeit 6 M. bezüglich der Abgaben, welche in die Landeskasse fließen, 14 M. 43 Pf. erfordert, so daß im Ganzen pro Kopf 20 M. 43 Pf. sich ergeben. Dieselben beziehungsweise analogen Steuern nach französischem Budget von 1871 betrugen für den Kopf 31 M. 12 Pf. Es resultiert daraus eine Minderung der Belastung gegenwärtig pro Kopf von 10 M. 69 Pf. (Hört, hört!)

Unter denselben Gesichtspunkten fällt eine andere Ermittlung, nämlich die Feststellung des Aufwandes für die Bezirks- und Gemeindeverwaltung. In Elsaß Lothringen werden die Mittel für diese zw. durch Zusätze, zu den direkten Staatssteuern aufgebracht. Diese Zusätze, abgesehen von den Oktroyen, umfassen also den GesamtAufwand. Derselbe hat 1874 für Gemeinden- und Bezirkszw. im Ganzen 385,000 Mark betragen, d. h. pro Kopf der Bevölkerung etwa 5 Mark. Von den 1694 Gemeinden des Landes sind bei mehr als 800 die Zuschläge geringer als 20 Prozent der Staatssteuern, bei mehr als 600 bewegen sie sich zwischen 20 und 50 Prozent und nur bei 26 übersteigen sie 50 Prozent. Es ist dies also auch keine übermäßige Anspannung der Steuerkraft. Indem ich hiermit die Bemerkungen zum Etat schließe, bleibe mir nur noch übrig, mich mit den Abgeordneten aus Elsaß Lothringen in einem Punkte auseinander zu setzen. Wenn ich die Erklärung des Abg. Winterer, die er bei Befragung des Dunderlichen Antrages abgab, richtig aufgefaßt habe, so ist auch in diesem Jahre nicht auf die thötige Mitwirkung der Herren aus Elsaß Lothringen an den Arbeiten der Kommission zur Vorberatung des Etats zu rechnen. Es steht mir nicht zu, darüber zu entscheiden, in wie weit diese Haltung mit der Übernahme des Mandats und den Pflichten, die sie gegen ihr Land haben, in Einklang steht. (Sehr richtig!), aber hervorheben muß ich: Sie rufen es selbst in die Welt hinaus, daß Elsaß Lothringen ein rechtloses Land sei, weil es keine Gegenheit habe, sich an seinen Angelegenheiten zu beteiligen. Meine Herren, diese Beschwerde verwandelt sich durch Ihre Haltung in eine Anklage gegen sich selbst. Als die Bestimmung, daß die Landesgesetze für Elsaß Lothringen vom Reichstage beraten werden sollten, in das Gesetz für die Vereinigung mit dem deutschen Reich aufgenommen wurde, da war man überall der Meinung, daß diese Beratung hauptsächlich den Abgeordneten aus dem Reichslande zufalle. Sie hätten es in der Hand gehabt, sich zum Landtag für Elsaß Lothringen innerhalb des Reichstags zu erklären und Ihre Thätsigkeit würde an Werth nicht verloren haben, wenn Sie unter Mitwirkung des Reichstages den Angelegenheiten von Elsaß Lothringen eine wärmste Theilnahme entgegengebracht hätten. Statt dessen litten es die Anwesenden ab, bei den Angelegenheiten, welche das Wohl und Wehe des Landes angingen, auch nur ein beständiges Säuseln zu hören. (Sehr wahr!) Wenn ich auch wünschte, daß dem anders wäre, so wird sich doch weder die Regierung noch der Reichstag in seiner pflichtmäßigen Sorge für das Land beirren lassen. Wir sehen die Entlösung Elsaß Lothringens nicht als bloße Annexion, als etwas Außergewöhnliches, sondern als eine Einverleibung, als eine Vereinigung. Wir wissen, daß ein solcher Prozeß sich nicht von einem Jahre zum anderen vollzieht, aber wir sind sicher, daß er sich mit oder ohne Ihre Hilfe vollziehen wird. (Beifall) Die Erfahrungen haben die Erwartung gezeigt, daß in dem Landesausschuß die Elemente sich zusammenfinden werden, die auf dem Boden der gesagten Thalsachen mit Liebe und Interesse für ihr Heimatland wirken wollen. Wenn der Landesausschuss auch ferner das Vertrauen rechtfertigt, daß er sich dieses Jahr verdient hat, so wird sich aus ihm eine Vertretung des Landes entwickeln können, die den Reichstag bei der Beratung der Landesgesetze unterstützen wird. Der Regierung wird Alles erwünscht sein, was zur schlüssigen Herbeiführung dieses Ziels beiträgt. (Beifall.)

Nach diesem Vortrage wird die weitere Diskussion des Etats bis Freitag 11 Uhr fortgesetzt. (Auf der Tagesordnung steht außerdem der Haushaltssatz für 1876 einschließlich der Anträge für die Telegraphenverwaltung und der neuen Steuern, Börsen- und Brausteuer.) Die heutige Sitzung schließt 3½ Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 18. November

r. Ja Angelegenheit der Errichtung eines neuen Festungsthors in der Verlängerung der K. Ritterstraße wird in nächster Zeit, wie wir hören, seitens des Magistrats und der Handelskammer aufs Neue eine Petition an das Reichskanzleramt gerichtet werden.

An dem 50jährigen Amtsjubiläum, welches, wie mitgetheilt, am 14. d. der Postexpeditur und Posthalter Herr Weiß in Pinne feierte, beteiligte sich bekanntlich auch eine Anzahl höherer Postbeamten aus Posen. Bei dem Festdinner brachte u. A. Herr Oberpostdirektor Schiffmann ein Hoch auf den Generalpostdirektor Dr. Stephan aus, welches diesem im Namen der anwesenden Postbeamten und Posthalter übermittelt wurde. Hierauf ist nun unter dem 15. d. aus Berlin folgende Antwort erfolgt:

Ew. Hochwohlgeborenen haben mir in Gemeinschaft mit mehreren Festteilnehmern den freundlichen Gruß der gestern zur Feier des fünfzigjährigen Jubiläums des braven und hochgeachteten Herrn Postexpediturs und Posthalters Weiß in Pinne versammelt gewesenen Herren Postbeamten und Posthalter der Provinz Posen übermittelt.

Indem ich Ihnen für die mir erwiesene Aufmerksamkeit und die im Ausdruck gebrachten freundlichen Gesinnungen herzlich danke, sage ich zugleich die Bitte hinzu, den übrigen beteiligten Herren den Dank in meinem Namen gefälligst auszusprechen zu wollen.

Mit vollkommenster Hochachtung
Ihr ergebenster
ges. Stephan.

An
den Kaiserlichen Ober-Postdirektor
Herrn Schiffmann
Hochwohlgeboren
Posen.

— Der Rückendar an der deutschen katholischen Franziskanerkirche zu Gnesen, Vic. Taf. 6, welcher in Folge einer von ihm herrührenden Korrespondenz an die "Germania" wegen "Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt" von dem gnesener Kreisgericht jüngst mit dem Redakteur der "Germania", Herrn Kosiolek, zu 100 Thalern Geldstrafe, eventuell vier Wochen Gefängnis verurtheilt worden war, ist am 15. d. von dem Appellationsgericht in Bromberg freigesprochen worden. Der gnesener Korrespondent der "Germania" gibt diese Nachricht mit folgenden Bemerkungen:

Dieser Prozeß war insfern auch für die gesamte Presse von Wichtigkeit, als es außer der Angelegenheit des Appellationsgerichtspräsidenten von Gerlach, welcher bekanntlich von dem Kreisgericht zu Wohlau wegen einer in Berlin erschienenen Broschüre verurtheilt worden, der einzige Fall war, in dem ein Staatsanwalt es unternahm, eine auswärtige Zeitung vor sein Forum zu ziehen, während hier alle Welt der Ansicht war, daß ein Schriftsteller seinen Gerichtsstand an dem Orte des Erscheinens habe. Diese beiden Fälle sind — so weit mir bekannt — die Veranlassung dazu gewesen, daß, um dem entstandenen Zweifel über den eventuellen Gerichtsstand einer Zeitschrift ein Ende zu machen, die Reichsjustizkommission am 12. Juni d. J. dem § 1 der Strafprozeßordnung, welche von dem örtlichen Gerichtsstand in Strafsachen überhaupt handelt, die Bestimmung hinzufügte:

Soweit die Verantwortlichkeit des Verfassers, Herausgebers, Verleger oder Druckers in Frage steht, so gilt eine Handlung, deren Strafbarkeit durch den Inhalt eines Prescherzeugnisses begründet wird, nur als an demjenigen Orte verübt, an welchem das Prescherzeugnis erschienen ist.

In gleicher Weise hat auch nachträglich das Obertribunal entschieden.

— Folgende Widerlegung geht uns von der hiesigen Oberpostdirektion zu: Der in der Boerner Zeitung Nr. 760 vom 30. Okt. d. J. enthaltene Bericht aus Wroclaw, dattirt vom 26. Oktober, enthält, soweit er sich auf postalische Verhältnisse erstreckt, Angaben, welche der Wirklichkeit nicht entsprechen. Es ist durchaus unrichtig, daß Postkassen, welche nicht in Briefform mit den Bürgen aus Gnesen bzw. Oels um 3 U. 12 M. bzw. 4 U. 10 M. Nachmittags in Wreschen anlangen, als Postfiliale bis Abends 8 U. 31 M. auf dem Bahnhofe liegen bleiben, um alsdann mittels Packwagen zur Stadt befördert zu werden. Denn es werden mit jenen von Bahnposten nicht begleiteten Bürgen andere Postkassen als Briefe und Zeitungen überhaupt nicht befördert; die mit diesen Bürgen eingehenden Briefe und Zeitungen aber gelangen jederzeit ohne Verzug zur Stadt und werden sofort zur Ausgabe bereit gestellt. Nicht minder ist die Angabe unrichtig, daß fortgesetzte die Mittagsausgabe der Posener Zeitung nicht schon am Tage des Erscheinens, sondern erst am nächsten Tage in Wreschen zur Ausgabe gelangt. Es sind vielmehr mit Beginn der seit dem 15. Oktober neu eingelegten Säuge nur in vereinzelten Fällen Verspätungen in der Beförderung der Mittagsausgabe der Posener Zeitung vorausgekommen, welche möglicherweise in einer durch den Eintritt vieler Karlsruher Veränderungen hervorgerufenen vorübergehenden Unsicherheit bezüglich der Leitung verhältnisse ihre Ursache haben.

— Die städtischen Stats pro 1875 sind der Finanzkommission der Stadtoberhaupten-Versammlung vor einer Woche zur Vorberatung zugegangen, und wird wahrscheinlich schon am nächsten Mittwoch die Beratung und Feststellung der Stats in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung beginnen.

— In der Kaufmann Rothholz'schen Bauangelegenheit hat nunmehr auch der Magistrat den Kaufmann Rothholz auf Erfüllung des zwischen beiden Theilen abgeschlossenen Vertrages verklagt, nachdem Kaufmann Rothholz, wie bereits mitgetheilt, die Klage gegen den Magistrat wegen des ihm durch Verjährung der Erziehung des Baukonkurrenz etc. entstandenen Schadens angestrengt hat.

— Herr Dr. P. Neustadt in Breslau sendet uns den 8. Bericht der von ihm daselbst geleiteten hebräischen Unterrichtsanstalt über das Schuljahr Michaelis 1874—75. Derselbe enthält eine Statistik der Anstalt, Schulklassen, Uebersicht der durchnommenen Person u. s. w. Vorangestellt ist eine von Herrn Dr. Neustadt 1874 gehaltene Gedächtnissrede auf den verstorbene Synagogenvorsteher Dr. Lobe hal. Der Bericht erregt vielleicht deshalb Interesse, weil Herr Neustadt in Borek, Kreis Kröpelin, geboren worden ist.

— **Wreschen**, 16. November. [Gefährdung der persönlichen Sicherheit.] Vor acht Tagen wurde der Wirthschafts-Inspектор Steinke in Sokoala durch einen aus dem Garten durch das Fenster auf ihn abgefeuerten Schuß so eindrücklich verletzt, daß er sich in ärztlicher Behandlung befindet. Der Thatdringend verdächtig ist ein däsiges Vogt in Halt genommen worden.— Vorigen Sonnabend traf der Vogt in Czecowarz seinem Dienstgänge durch den Forst drei mit Gewehren bewaffnete Männer. Als er mit einem derselben in's Handgemenge geriet, verschoss er ihm mit dem Gewehr einen so heftigen Schuß auf den Kopf, daß dieser lediglich zusammenbrach. Die beiden Gefährten des Befremdeten waren jetzt gemeinschaftlich den Forstler an und brachten ihm so bedeutsame Kopfwunden bei, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

— **Schneidemühl**, 15. November. [Vorschusverein. Polizei- und Witwen- und Waisen-Pensionfonds.] Zu Anfang des Jahres 1874 wurde der hiesige Servikassen-Kendant H. Weiß, welcher gleichzeitig Rentant des hiesigen Vorschusvereins war, als folger seines Amtes wegen unordentlicher Buchführung entbunden. Kurze Zeit darauf wurde derselbe flüchtig und der Verdacht, daß er erhebliche Defekte gemacht habe, bestätigte sich leider. Es fehlten der Vorschusvereinsfonds nicht weniger denn nahe 10,000 Thlr. In Hamburg wurde der Flüchtling, als er eben im Beirat war, ein Schiff zu bestiegen, um nach Amerika zu segeln, von der dortigen Polizei erkannt und verhaftet. Außer mehreren Wairtpäckern und Wäschen wurden noch ca. 2500 Thalerhaar bei ihm vorgefunden. Aber bald nach seiner Verhaftung starb er — man sagt an Ost — und entzog sich und gewiß noch andere, welche ihm in seinem unredlichen Handwerk gefährlich waren, dadurch dem weltlichen Richter. Seitdem seiner Gläubiger wurde über seinen Nachlass der Konkurs befragt, welcher eigentlich beendigt ist. Dem Vorschusverein sind 6828 Mark, ungefähr 25 Prozent des Defekts, zugefallen. Der Rest der Defekte ist durch Beschluss der gestern stattgefundenen außerordentlichen Generalsversammlung durch Abschreibung von dem Gutshaben der V. reinheitsstädter gedeckt worden. Der Verlust, welcher somit einem jeden Mitgliede erreached ist, beträgt 60 Prozent des Gutshabens. Obgleich dem Vereine ein so erheblicher Schaden zugefügt worden ist und derselbe nahe daran war zu liegen, so hat derselbe sich dennoch wieder erholt, zählt 289 Mitglieder und hat in den verflossenen drei Quartalen des Jahres 1875 einen Umsatz in Einnahme von 176 477 Mark und in Ausgabe von 175 857 Mark gemacht — Der Bootelehrer Witwen und Waisen-Pensionfonds des Regierungsbezirks Bromberg hat gegenwärtig ein Baarvermögen von 108 870 Thlr. An Witwen und Waisen-Pensionen waren im Jahre 1874 gezahlt 10 472 Thaler und außerdem 9200 Thaler zinsbar angelegt. (V.)

— **Wissenschaft, Kunst und Literatur.**

* **Neue Planeten.** Der "L. 3" wird geschrieben: Am 2. November, 11 Uhr Paris, endete Herr Paul Henr. in Paris noch einen kleinen Planeten in östlicher Größe in 2 Uhr 38 Min. 17 Sek. Refraction und + 15 Grad 25 Min. nördlicher Declination, also im Sternbild des Siers. Fast gleichzeitig damit sind am 1. und 2. November dem Director Job. Palisa in Böla die Entdeckungen von noch zwei kleinen Planeten erfolgten. Dieselben standen im Sternbild des Siers unweit der Grenze des Siers in folgender Position: 1. November 12 Uhr 24 Min. Böla 3 Uhr 2 Min. 16 Sek. Refraction und + 18 Grad 25 Min. nördlicher Declination; 2. November 12 Uhr

40 Min. Böla 3 Uhr 1 Min. 28 Sek. Refraction und + 17 Grad 35 Min. nördlicher Declination. — Die drei neuesten Planeten sind wegen ihrer Lichtschwäche nur mit großen Fernrohren zu beobachten, während der 150, etwas hellere, auch in mäßigen Fernrohren beobachtet wurde. Durch das gegenwärtige Jahr werden die planetenreichen Jahre 1861, 1868, 1872, in welchen 10, 12, 11 Planeten entdeckt wurden, noch übertragen. Die jährliche Durchschnittszahl der Planeten-Entdeckungen betrug zwischen 1845 und 1859 2 Planeten, zwischen 1860 und 1870 5 Planeten und von 1871 bis 1875 8 Planeten. Die Beobachter und Beobachter werden vollauf zu thun haben, um diese zahlreichen Himmelskörper, von denen jetzt ungefähr 24 der Wiederbeobachtung bedürfen, der Wissenschaft zu erhalten und für weitere Untersuchungen zu benutzen. Endlich entdeckte am 11. November der Director Palisa in Böla wiederum im Sternbild des Widders noch einen Planeten 12. Größe. Durch diesen neunten Österreichischen Planeten wird die Anzahl der bekannten kleinen Planeten auf 155 gebracht, von welchen im gegenwärtigen Jahre 15 entdeckt sind.

Staats- und Volkswirtschaft.

** **Chemnitz**, 17. November. Produktions-Börsenbericht von Hermann Jaström. Weiter: Regen. Weizen unveränd. seines alter weiser über Notiz bezahlt, gelber 210—227 M., weiser 222—237 M. Roggen matt, bei geringer Kaufsum. 171—189 M. Gerste leblos, 152—198 M. Hafer nominell 150—162 M. Erbsen, Maßl. und Butterware, 150—166 M. Aleß per 1000 Kilo. Weizenmehl Nr. 0 25,50 M., Nr. I. 24,50 M. per 100 Kilo.

Weizenmehl Nr. 0 25,50 M., Nr. I. 24,50 M. per 100 Kilo.

Vermischtes.

* **Breslau**, 17. November. Die beiden jungen Herren, welche mitgetheilt, der Schulbank der posener Realsschule überwohl gesagt, um fühne Kriegshäfen in der Herzegowina zu vertheidigen, sind durch ihre in Oberberg stattgefundenen Sitzungen an der Fortsetzung ihrer Abenteuerfahrt gehindert worden und befinden sich bereits wieder auf dem Heimwege. Ein dritter Kamerad, welchem die beiden Polen die Bitte, in diesen Bund aufgenommen zu werden, nicht versagt, teilte das Schicksal der Genseins. In Breslau haben die Füchtinge Station gemacht und zur Fortsetzung hier bei einem Soldarbeiter eine goldene Uhr flüssig gemacht, ein Umstand, welchen auf Grund der heut in den Zeitungen über den Vorfall enthaltenen Anzeigen der Käufer zur Kenntnis der Polizei brachte, gleichzeitig die Uhr selbst ausliefernd.

Briefkästen.

I. in B. Der maliziöse Ton, in welchem die "Pr. L. 3." die Nachricht über Fräulein Donadio bringt, legt allerdings den Verdacht einer tendenziösen Erfindung nahe und wir haben deshalb auch dem Blatte jede Verantwortlichkeit überlassen, während z. B. die "Danz. Blg." und andere preußische Blätter diese Notiz ohne Reserve aufgenommen. Dagegen halten wir es nicht für angemessen, die Nachricht bis nach der Abreise der Dame aufzuhören und ihr die Gelegenheit zu entziehen, diese Anschuldigung kennenzulernen. Wenn alle Zeitungen es wie die "Pr. L. 3." gemacht und erst mehrere Tage nach der Abreise der Gäste die Notiz aufgenommen hätten, dann könnte dieses Gerücht wie ein Verbängnis hinter der reisenden Künstlerin herziehen, ohne daß sie etwas davon erfuhren und Gelegenheit erhielt, ihm entgegen zu treten. Eine solche Heimlichkeit der Verbreitung halten wir für Schwäche oder eine Bosheit.

Telegraphische Nachrichten.

Basel, 17. November. Der alkatholische Pfarrer Psala hat den Mißbrauch der großen Fritolinische erinnert.

(Privatepepele d. Posener Blg.)

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Lazarus Wazner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Zur Lage der Anteilstiere.

In letzterer Zeit ist die Lage der Unterstiftiere so viel erörtert und so viel für und wider eine Verbesserung derselben geschrieben worden, daß es wohl geeignet erscheint, einen in der Presse noch nie berührten Punkt zur Sprache zu bringen. Bekanntlich geht das Kriegsministerium mit der Absicht um, die Unterstiftiere dadurch zu föhlen, daß ihnen bei ihrer Entlassung ein kleines Kapital überlassen werde. Andererseits heißt es wieder, daß die Lage der Unterstiftiere im Jahre 1873 verbessert und eine nochmalige Verbesserung den eigentlichen Zweck doch nicht erreichen würde. Es ist wahr, die Verbesserung im Jahre 1873 erstickte sich auf eine Erhöhung des Gehalts wie des Verpflegungszulusses, des letzteren um die Hälfte, auf Verbesserung in der Bekleidung, und außerdem wurden die Kästen bishinlich der Menage und der Ausstattung der Stube verbessert. Auf welche Weise aber könnten sich die Seismimeter hinsichtlich ihrer Wohnungen verbessern? Nur dadurch, daß sie einen Theil ihres Gehalts zur Miete zu legen. Eine Erhöhung des Gehaltes scheint aber aus nabekleidenden Gründern nicht nur nothwendig, sondern sogar geboten; denn es heißt wörtlich im 2. Absatz des § 3 des Gesetzes, betreffend die Quaerierung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes vom 25. Juni 1868: "Vom Jahre 1872 ab unterliegen Tarif und Klasseneinteilung einer allgemeinen, alle fünf Jahre zu wiederholenden Revision." Wir schreiben bereits 1875 und noch bis zur 1885 festgesetzte Revision nicht stattgefunden; dieelbe kann sozusagen kaum in der jetzigen Herbstzeit stattfinden, da die Beschaffung des Materials eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Mit dieser Revision dürfte aber eine Erhöhung des Gehalts unvermeidlich sein. Während nämlich die Offiziere durch das Gesetz über Wohnungsbauzuschüsse wesentlich verbessert worden, hingen die Unterklassen noch immer der im Gesetze von 1868 vorgesehenen, eine Verbesserung bringende Revision.

Der Unterschied zwischen dem Servis nebst Wohnungsbauzuschuß eines Sekondleutnants und dem Servis eines gleich hinter ihm stehenden Feldwebels läßt sich aus Nachstehendem übersehen. Es erhält am Markt pro Jahr in:

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Budewitz, Schrödaer Kreises unter Nr. 52 belegene, im Hypothekenbuch der selben Vol. 11 Pag. 17 seqq. eingetragene, den Martin und Rosalie Stelmaszewski'schen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen der Genannten berichtigt steht, und welches mit einem Flächeninhalte von 11 Aren 10 Quadratfuss der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Steuerertrag von 0,22 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 16 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 13. Januar 1876,

Nachmittags 3 Uhr, im Lokale der Gerichtstag-Kommission in Budewitz versteigert werden.

Schroda, den 5. November 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftationsrichter.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Ortschaft Lubonieck-Hauland Schrödaer Kreises unter Nr. 7 belegene, im Hypothekenbuch der genannten Ortschaft Vol. 2 Pag. 481 seqq. eingetragene, den Gottfried und Charlotte Kretschmer'schen Eheleuten gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen der Genannten berichtigt steht, und welches mit einem Flächeninhalte von 11 Hektaren 77 Acre 60 Quadratfuss der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Steuerertrag von 25,62 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 20 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 20. Januar 1876,

Nachmittags um 3 Uhr, im Lokale der Witwe Heiniger zu Santomysl versteigert werden.

Schroda, den 30. Oktober 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftationsrichter.

Bekanntmachung.

Die auf Führung der Handels- und Genossenschafts-Register sich beziehenden Geschäfte sind für das nächste Geschäftsjahr bei dem unterzeichneten Kreisgericht

dem Kreisgerichts-Rath Thomas

als Richter, und

dem Kanzlei-Direktor Weidner

als Secretair,

übertragen worden.

Die öffentlichen Bekanntmachungen werden durch den Deutschen Reichs- und Königlich Preußischen Staats-Anzeiger, den Kronoticher Kreis-Anzeiger, die Berliner Börsenzeitung und die Posener Zeitung erfolgen.

Krotoschin, den 15. November 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Die in dem Kreise Schroda in der Ortschaft Pieczkowo belegenen, im Hypothekenbuch der selben unter Nr. 151 und 163 eingetragenen Grundstücke, und das in Kitzus belegene, unter Nr. 1 eingetragene Grundstück, den Joseph und Marianna Blizinstki'schen Eheleuten gehörige, deren Besitztitel auf den Namen der Genannten berichtigt sind, und welche und zwar im Kitzus Nr. 1 mit einem Flächeninhalte von 11 Hektaren 89 Acre 90 Quadratfuss, Pieczkowo Nr. 151 mi einem Flächeninhalte von 1 Hektar 79 Acre und Nr. 163 mit einem Flächeninhalte von 2 Hektaren 80 Acre 90 Quadratfuss der Grundsteuer unterliegen und mit einem Grundsteuer-Steuerertrag von 15 Thlr., Pieczkowo Nr. 151 von 6,33 Thlr., Nr. 163 von 7,70 Thlr. und Kitzus Nr. 1 zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 75 Mark veranlagt sind, sollen im Wege der nothwendigen Subhaftstation

den 12. Januar 1876,

Nachmittags um 10 Uhr,

im Lokale des unterzeichneten Königlichen Kreis-Gerichts versteigert werden.

Schroda, den 26. Oktober 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftationsrichter.

Bekanntmachung.

Die dritte Lehrerstelle an der hiesigen evang. Elementarschule, mit welcher ein jährliches Einkommen von 725 Mark nebst freier Wohnung verbunden ist, wird am 1. Januar fut. vacant.

Qualifizierte Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Bezeugnisse bis zum 15. Dezember c. bei uns melden.

Großdöbeln, den 16. November 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftationsrichter.

Bekanntmachung.

Die dritte Lehrerstelle an der hiesigen evang. Elementarschule, mit welcher ein jährliches Einkommen von 725 Mark nebst freier Wohnung verbunden ist, wird am 1. Januar fut. vacant.

Qualifizierte Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Bezeugnisse bis zum 15. Dezember c. bei uns melden.

Großdöbeln, den 16. November 1875.

Der Magistrat, evang. Schulvorstand.

Holzverkauf.

Für die Forsten des Majorats Oberschloß sind folgende Termine zum Verkauf von Schneide- und Langholz anberaumt:

- für das Hauptrevier Oberschloß auf Mittwoch den 24. d. M. Vormittags 10 Uhr in Oberschloß im Gasthofe des Herrn Krontal. (Bahnhofstationen Bronke und Samter). Es werden aus den Beläufen Pietrowo, Grünberg und Russke circa 1100 Kiefern zum Verkauf gestellt.
- für die Revierabtheilung Wyszyn auf Montag den 29. d. M. Vorm. 11 Uhr in Forsthause Grünewald bei Chodziesen. (Bahnhofstation Schneidemühl). Aus den Beläufen Glashütte und Grabowko gelangen circa 950 Kiefern zum Ausgebot.

Zahlung hat im Termin zu erfolgen und werden die Bedingungen im Termin bekannt gemacht.

Die Schugaben sind angewiesen, die Hölzer örtlich vorzuzeigen; zwei Tage vor dem Termint können die Aufmachregister vom Hauptrevier Oberschloß hier und von der Revierabtheilung Wyszyn in Forsthause Grünewald in Augenschein genommen werden.

Die Hölzer des Hauptreviers Oberschloß liegen in großer Nähe des schiffbaren Warthestroms. Auf einer in Nähe des Reviers vorhandenen Charniske können außerdem starke Hölzer bequem nach Bronke, Samter und Czarnitow transportirt werden.

Grünberg bei Oberschloß, Reg.-Bez. Posen, den 16. November 1875.

Gräflich Raczyński'sches Forstamt.

Dreger.

Subhaftations-Patent.

Das im Mogilnoer Kreise zu Bystrzec sub Nr. 5 belegene, den Lorenz und Catharina geb. Rembele-Budny'schen Eheleuten gehörige Grundstück soll im Termine

den 22. Decbr. 1875,

Nachmittags 11 1/2 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle im Wege

der nothwendigen Subhaftation versteigert werden. Dasselbe ist mit einem Steuerertrag von 117,07 Thlr. und mit einem Nutzungswerte von 90 Mark veranlagt worden und enthält an Gefammatz der der Grundsteuer unterliegenden Flächen 27 Hektar 84 Ar 30 Quadratfuss.

Näheres in Solacz bei Posen beim Unterzeichneten.

Meine

Gastwirthsch. Urbanowko

mit 6 Morgen gutem Acker beabsichtigte ich sofort unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Das Forsthaus liegt in dem Dorfe Winiary, hart an der Domirer Chaussee, in unmittelbarer Nähe der Stadt Posen.

Näheres in Solacz bei Posen beim Unterzeichneten.

A. Schlan.

Ein geräumiges, mit vollständigem Dampfbetriebe versehenes, zu jeder Fabrikalange geeignetes

Grundstück

zu Frankfurt a. O. ist preiswürdig zu verkaufen, eventuell auch zu vermieten. Nähere Angabe erhält der Kaufmann Carl Urban daselbst.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Praktikum spätestens im Versteigerungs-Termine anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags soll im Termine

den 24. Decbr. 1875,

Mittags 12 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle verkündet werden.

Tremesien, den 15. Oct. 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Subhaftationsrichter.

Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.

Im Wege der öffentlichen Submission sollen vier auf dem Rangirbahnhofe der Oberschlesischen Eisenbahn in Oskollo bei Bromberg belegene Lagerplätze

meistentlich verpachtet werden. Gleichzeitig soll auch die Verpachtung von 6 in den Gebäuden des Grundstücks Oskollo Garten belegenen Räumlichkeiten, von denen sich 2 mit einander zusammen hängende in dem Restaurations-Gebäude, 3 in dem alten Brauerei und 1 in dem vormaligen Kegelhause befinden, zur Benutzung für Speditions- und Comptoir-Zwecke entweder zusammen und für sich, getrennt nach Wunsch der Submitterten, gegeben.

Dieselben sind für Herren, Damen und Kinder nur allein zu haben in den Niederlagen von

Dr. Harmuth,

Berlin. Prinzenstrasse 62.

Feste Füße heißt Tod,

Warme Füße heißt Leben.

Das Beste, um dauernd warme und trockene Füße zu erhalten, sind Stiefel und Schuhe mit Holzsohlen.

Dieselben sind für Herren, Damen und Kinder nur allein zu haben in den Niederlagen von

Manheim Wolffsohn,

Markt 64 u. Kränzelgasse 8.

Vormittags 10 Uhr, wo zu Ort und Stelle anberaumt, wo zu Pachtlustige mit dem Erfuchen hiermit eingeladen werden, ihre versiegelten Offerten, welche die Anzahl der Plätze resp. Räumlichkeiten und das Pachtgebot pro Jahr in Zahlen und Buchstaben, sowie die Bemerkung enthalten müssen, daß Differenz-Bedingungen kennt und damit einverstanden ist, persönlich im Termint abzugeben.

Die Bedingungen liegen in dem diesseitigen Bureau sowie bei dem Stations-Vorstande in Bromberg zur Einsicht aus.

Posen, den 17. November 1875.

Königl. Betriebs-Inspektion

Gef. Adressen sub J. M. 8566 befördert Rudolf Wosse, Berlin S.W.

Bergstraße 4

ist die erste Etage, bestehend aus 5 Z.

Küche und Zubehör vom 1. Jan. 1876 zu vermieten.

Pr. Loose Kauf u. verl. mit Aufgeld

Bauch, Berlin, Molkenmarkt 14. Cöln. Dom, Cöln. u. Berl. Flora-Loose verl. à 1 Thlr. 5 Sgr. m. Eiste.

Außerordentliche Preisherabsetzung

der besten und neuesten Bücher

zu nie dagewesenen Spottpreisen!

Nur neue, complete und fehlerfreie Bücher werden geliefert.

Die Welt in Bildern, Album der berühmtesten malerischen Ansichten aus allen 5 Welttheilen, 325 Kunstdräder in Stahlstich, elegant ausgefertigt, statt 10 Thlr. nur 2 Thlr. 15 Sgr. — **1) Schiller's sämtliche Werke**, 45 Bde. 3. Aufl. 2. Aufl. 1. Aufl. — **Goethe's sämtliche Werke**, 45 Bde. 3. Aufl. 2. Aufl. 1. Aufl. — **Lessing's Jugend-Album**, herausgegeben von den ersten Jugendstiftstellern der Neuzeit, wie Hoffmann, Aurelius, Davidis, Rosalie Koch et. ca. 600 Seiten stark, mit vielen Kupfern und ca. 200 Holzschnitten von Oscar Pletsch, Lentemann, Sonderland ic. seib eleg. geb. nur 1 Thlr. 15 Sgr. — **Bulwer's Romane**, beste und schönste deutsche gr. Octav-Ausgabe, 15 starke Bände, statt 15 Thlr. nur 5 Thlr. 28 Sgr. — **Das Buch berühmter Kaufleute**, oder: **Der Kaufmann zu allen Zeiten**, Charakter- und Zeitgemälde über Erfindungen von der ältesten Zeit bis in die Neuzeit, Lebensbeschreibungen der ersten Kaufleute von der ältesten Zeit bis in die Neuzeit, 2 starke Bände, ca. 2000 Seiten stark mit ca. 1000 Kupfern und Illustrationen, in Prachtbänden mit reicher Goldstempelverzierung (vorzügliches Geschenk für junge Leute), statt 8 Thlr. nur 4 Thlr. 15 Sgr. — **Börne's sämtliche Werke**, 12 Bde. sehr eleg. geb. nur 2 Thlr. 15 Sgr. — **1) Körner's sämtliche Werke**, neuerte Ausgabe, 2 Bde. sehr eleg. geb. 2) **August Schrader, Markt Sutherland**, oder: **Die Wege der Vorsehung**, höchst spannender Roman aus dem amerikanischen Leben, 2 Bde. beide Werke zusammen nur 40 Sgr. — **Neueste Romanbibliothek**, herausgegeben von den ersten und besten Schriftstellern der Neuzeit, 10 starke Octavbände, die schönsten Romane enthaltend, nur 1 Thlr. 10 Sgr. — **Pantheon, deutscher Dichter**, die schönsten und besten Gedichte der ersten Dichter, wie Goethe, Schiller, Lessing, Tieck, Uhland, Lenau ic. enthalten, in einem Prachtband mit Goldschnitt (vorzügliches Damengeschenk) nur 40 Sgr. — **Heinrich Heine's sämtliche Werke**, neuerte Ausgabe, 18 Bde. sehr eleg. ausgefertigt, nur 8 Thlr. 15 Sgr. — **1) Shakespeare's sämtliche Werke**, neuerte deutsche Übersetzung, 12 Bde. mit feinen englischen Stahlstichen in Prachtbänden. 2) **Bilder und Klänge aus den schönsten Tagen der Jugend**, mit prachtvoll ausgeföhrten col. Kupfern, deutschem, französischem und englischem Text, sehr eleg. ausgefertigt, beide zusammen nur 2 Thlr. 28 Sgr. — **Dr. Reichenbach**, die Pflanzenwelt in Gärten, Feld u. Wald, über 700 S. stark mit sehr vielen Abbildungen, eleg. geb. nur 28 Sgr. — **Casanova's Memoiren**, neuerte und beste deutsche Ausgabe mit über 50 Kupferstafeln, nur 6 Thlr. 28 Sgr. — **1) Kaltchmidt's Fremdwörterbuch**, vollständig von A-Z, neuerte Ausgabe 1875, ca. 20,000 Worte enthaltend, 2) **Vollständiges Handbuch der gesammten Handwissenschaft**, wie Wechselseite, Correspondenz und doppelte Buchführung, Statistikpapiere, Altienweisen, allgemein deutsches Handelsgesetzbuch ic. ic. beide Werke zusammen nur 1 Thlr. 18 Sgr. — **Neuer Haushalt für die Jugend** die schönsten und besten Erzählungen aus der Natur, Länder- und Volkskunde, Geschichte, Menschenleben ic. **ein wirkliches Brachtgeschenk für die Jugend** mit vielen colorirten Bildern in einem Prachtband mit Goldschnitt, 1 Thlr. über 500 Seiten stark, nur 1 Thlr. 15 Sgr. — **Gräfe's großer und berühmter Handatlas des Himmels und der Erde**, in 66 Karten oder 33 Doppelblatt, in Kupferstich prachtvoll colorirten Karten, nebst statistischen Überblickstafeln aller Länder, herausgegeben vom geographischen Institut in Wien, neuerte Ausgabe, prämiert in der Wiener Welt-Ausstellung, in einem Prachtband mit Goldstempelverzierung, nur 6 Thlr. 15 Sgr. — **Das Buch von der Gesundheit und Krankheit des Menschen**, vollständiger Ratgeber im gesunden und krankhaften Zustande des Körpers, alle Rezepte enthaltend zur Heilung aller Krankheiten, 4 Bde. über 1200 Seiten stark, nur 2 Thlr

Die Generalsynodal-
ordnung nebst Moti-
ven, authentischer Abdruck des
Entwurfs, der vom Ober-
kirchenrat der auf den 24. Novem-
ber cr. einberufenen Generalsynode
als einziger Berathungsgegenstand
vorgelegt wird, erschien im Verlage
von L. Rauch in Berlin zum Preise
von 75 Pfennigen. Gegen Postan-
weisung sendet die Verlagsbuchhandlung
sie franko, auch in jeder Buchhand-
lung ist sie zu haben. (H. 14204.)

Monogramme

auf Briefbogen
und Couverts
in den geschmack-
vollsten Dessins
hält als



Ein gebrauchter, gut er-
haltener, halb verdeckter, auch
ganz schließbarer

Kutsch- u. Reise- wagen

ist sehr billig zu verkaufen
Näheres in der Exped. der
Posener Zeitung.

Echten Cognac, — Ja-
maica-Rum, — Arra-
de Goa und Batavia, so-
wie feinsten Pecco-, Sou-
chong- und Congo-Thee
empfiehlt

S. Alexander
(H. Kirsten).
St. Martin 11.

für den Verkauf meines echten
Schlesischen Henkelhonig-
Extracts suche für Posen und
umliegende Orte

Depositaire

gegen hohen Rabatt fr. Zusam-
menstellung und fr. Insertionen der rc.
Niederlagen. Der Extract ist we-
der Gelehrtes noch Arznei,
sondern ein bewährtes Hausmit-
tel gegen Husten, Heiserkeit, Ver-
schleimung u. s. w.

Gefällige Ordres erbittet direkt
Thorn, W. Newiger, Apothec.
1. Classe.

Salicylsäure- Präparate,

Mundwasser
und Zahnpulver,
anerkannt beste Mittel zur Erhaltung
und Verbesserung der Zähne,
Desinfections- u. Streupulver,
gegen Zahnschweiss, Wunden u. c. empfiehlt
billigst die Drogenhandlung von

F. G. Fraas.

Hunyadi János Bitterwasser
wieder in frischer Füllung vorhanden.

für Schwindföhrtige.
Herrn Carl Dittmann,
Charlottenburg.

Schon seit Jahren litt ich an der
Schwindföhrt und wurde bereits von
den Ärzten für unheilbar erklärt. Da
unterwarf ich mich Ihrer Lehre und
Tannin-Kur und bin ich nach Gebrauch
dieser von meinen Leiden vollständig
bereit.

Indem ich Ihnen diese erfreuliche
Mitteilung mache, ermächtige ich Sie
gen, diese Zeilen zu veröffentlichen.
Magdeburg, den 1. November 1875.

A. Bismarck,

Calculator, Pfeifersberg Nr. 7.

Wiener Sparbutter

empfiehlt
S. Alexander.

Der Gebrauch dieser Butter ist jeder
Haushaltung, wo Sinn für Ersparnis
herrscht, so wie Conditoren, Bäckern,
Gastwirthen u. c. zu empfehlen.

Man biete dem Glücke
die Hand!

Zur 153. Königl. Preuß. Staats-
Lotterie, Hauptgewinne: 450,000,
200,000, 150,000, 120,000, 90,000 zc.
Rm., Zieh. d. 1. Kl. am 5. u. 6. Ja-
nuar 1876, verkauft und verendet
gegen Einführung oder Nachnahme des
Betrages Anteil-Losse: $\frac{1}{4}$ a 40,
 $\frac{1}{2}$ a 20, $\frac{1}{4}$ a 10, $\frac{1}{8}$ a 5, $\frac{1}{16}$ a 2½,
 $\frac{1}{32}$ a 1¼ Rm. Das vom Glück am
meisten begünstigte Lotterie-Comtoir v.

Aug. Froese,
Langführ bei Danzig.
(D. 8875)

Ein kleines Parterre-Zimmer (zu
einem Comtoir geeignet) und ein ge-
räumiger Lagerfeller zu vermieten
Breslauerstrasse 9.

Eine kl. Wohnung am Markt (zu p.
1. Dezbr. zu verm. Nähe in G. Wei-
manns Annoncen-Eped., Breslauer-
strasse 14. (W. 231.)

passende Festgeschenke

bestens empfohlen
die Hofbuchdruckerei W. Decker & Comp.



Anti-Kesselstein!

Patentirte Compositionen zur vollständigen Befestigung des Kesselsteins in Dampfzügen. Broschüren gratis.

Ad. Marohn, Berlin SW,
Puttamerstraße Nr. 14.

Soeben ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu
haben:

Zeitschrift für weibliche Bildung in Schule und Haus.

Zentralorgan für das deutsche Mädchenschulwesen.
Herausgegeben von R. Schornstein und A. Viator.

Vierter Jahrgang 1876. 1. Heft. Januar.

Bon 1876 am erscheint diese Zeitschrift in monatlichen
Heften. Preis halbjährlich Mark 6. —

Das soeben erschienene erste Heft ist in allen Buchhand-
lungen zur Ansicht zu haben.

Verlag von **B. G. Teubner** in Leipzig.

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Comptoir-Wand-Kalender für 1876.

Im Duzend 2 Mt. 40 Pf., einzeln 25 Pf.
Kleineres Format p. Dsd. 1 Mt. 80 Pf., einzeln 20 Pf.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Krampfeldende. Epilepsie, Fallsucht.

Neueste erfundene Heilmethode

durch das

Auxilium Orientis

von
Sylvius Boas,
Spezialist für Krampf- und Nervenleidende,
Sprechstunden von 8—10 und 2—4.
Berlin SW, Friedrichsstr. 22,
Auch brieflich.

Eilste Kölner Domban-Lotterie.

Ziehung den 13. Januar 1876.

Gesammt-Gewinne: 375,000 Mark,

Hauptgewinn 75,000 Mark,

ferner: Mt. 30,000, 15,000, 2 à 6000, 5 à 3000,
12 à 1500, 50 à 600, 100 à 300, 200 à 150, 1000
à 60 und eine Anzahl Kunstwerke im Gesammtwerthe von
Mt. 60,000.

Loose zu 3 Mark pr. Stück sind in der Exp.
der Posener Zeitung zu haben.

Billard- und Billard-Quenes-Fabrik von J. Strube, Poln.-Crone.

Reichhaltiges Lager fertiger Billards mit ganzen
Marmorplatten nach neuester Construction, sowie sämmt-
liche Billards-Autentien.

2te Niederlage: Wartenburg O.-Pr. (H. 23128.)

Auf das seit 1. August d. J. erschienene und in einer
Auflage von 300 Exemplaren verbreitete

Neue Brennerei-Fachblatt

(Organ des Preuß. Brennerei-Verwalter-Vereins)
wird hiermit zum Abonnement eingeladen. Dasselbe ent-
hält Angelegenheiten des Vereins, Fachliches, Verschiedenes,
sowie das Brennereifach betreffende Inserate, als Stellen-
Vermittelung u. c. Monatlich erscheint eine Nummer. Preis
jährlich 6 Mark. Zu abonniren beim Herausgeber: Bren-
nereiverwalter A. Dams in Laskowitz in Westpreußen.

Keine Marktschreierei.
sondern reelle Belehrung u. Hülfe.

Der persönliche Schutz,
Rathgeber für Männer jeden
Alters, Hülfe bei

Schwäche- zuständen.

36. Aufl. 232 Seiten mit 60
anatom. Abbild. in Stahlst.,
in Umschlag versiegelt. Originalausgabe von Lau-
rentius.

Zu beziehen durch jede Buch-
handlung, auch in Bres-
lau von der Schleiter-
schen Buchhandlung, sowie
von dem Verfasser, Hohe-
str. Leipzig. Preis 4 Mark.
(H. 03833) Dr. L.

Anfragen erbittet sub R. K. post-
agend Roschmin.

Eine gepr. Elementarlehrerin,
die bereits mit Erfolg an einer Löchter-
schule Unterricht ertheilt hat, sucht
Stellung. Näh. Auskunft ertheilt Herr

Konsistorialrat Händler in Posen.

6 Mark Belohnung

Demjenigen, der mir den Aufenthalt
des ehemal. Lieutenant Hermann
Wittelsbach aus Marianow bei
Birke derart nachweist, daß demselben
ein gerichtliches Mandat behändigt wer-
den kann.

Chemniz i. S., im November 1875.

Albert Wenzel.

Kaufmännischer Verein.

Montag, den 22. Nov., Abends 8 Uhr:
in der Aula der Realschule:

Zweiter Vortrag
des Herrn Dr. Bräger
über

Klopstock und die franzö- sische Revolution.

Billets für Mitglieder sind gegen
Vorzeigung der Mitgliedskarten, für
Nichtmitglieder à 75 Pf. bei den Herren

C. H. Ulrich & Comp., Breitestr.,

Bruno Ratt, Markt- und Neuestr.,

C. G. Ad. Schlech, Wilhelmsplatz

und in der Exped. der Posener

Zeitung zu haben.

Per Vorstand.

Da es mir unmöglich wird, die
vielen liebvollen Gratulationen, die
mir von Nah und Fern zu meinem
50-jährigen Dienst-Jubiläum zugegangen
sind, schriftlich zu beantworten, so er-
suche ich hiermit allerlei meinest herz-
lichsten und aufrichtigsten Dank ent-
gegennehmen zu wollen.

Pinne, am 17. November 1875.

Weiss,

Kaiserl. Postexpediteur und Posthalter.

Familien-Nachrichten.

Meine Verlobung mit Fräulein

Hulda Kertet in Jacobow zeige

ihre Freunde und Bekannte hiermit

ergeben an.

Friedrich Chrhardt,

Lehrer

in Rogasen.

Nach langen schweren Leiden

verschafft gestern unsere innigst

geliebte Mutter, Schwie-

germutter, Großmutter

und Schwester Frau

Ernestine Slomowska,

geb. Asch,

im 75. Lebensjahr.

Diese Trauer-Anzeige widmen

Verwandten und Freunden statt

besonderer Meldung. (W. 230)

Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet

Freitag, den 19. Nach-

mittags 2 Uhr vom

Trauerhaus, Berliner-

straße 11a aus statt.

Auf Verlangen:

harina Schreiber mit Hrn. Otto Gordes
Bremen-Pyrmont). Fräulein Martha
Hensel mit Hrn. Emil Müller (Glo-
gau-Dretzsburg). Fräulein Celine Meier
mit Hrn. Otto Kaufmann (Mannheim
— Berlin).

Bereichert: Hr. Conrad v. Oppen
mit Fräulein Diga v. Wittich (Niederwitz).
Pastor Karl Suhr mit Fräulein Therese
v. Oppen (Dahlen). Lieut. Paul Barn
mit Fräulein Paula Abel (Glogau). Herr
Rud. Drews mit Fräulein Natalie Kurowski
(Rüssel). Dr. phil. Richard Werther
mit Fräulein Anna Newes (Arendsee). Hr.
Hermann Jos. Peschkes mit Fräulein Maria
Kilz (Berlin). Stadtstrath Paul Hellwig
mit Fräulein Bertha Bernick (Cottbus).

Geboren: Ein Sohn den Herren:
Oberstl. v. Baumbach in Ehrenbreit-
stein, Rittm. v. Pappenheim in Düsseldorf,
Lieuten. Heinemann in Spremberg,
Dr. Alexander Tomei in Grochowitz b.
Oppeln, Louis Gold in Berlin, Gustav
Bulle in Berlin, Oberstabsarzt Gähde
in Magdeburg, Hauptm. C. v. Bülow
in Schwerin, Buchhändler Rohrlack in
Berlin, O. Dellshau in Berlin, Optm.
Alfred Garz, G. Reg. R. Dr. Schöne
in Berlin, Ludwig Löwe in Berlin,
Ernst Mendelsohn-Bartholdy in Ber-
lin. Eine Tochter den Herren: Optm.
Hans v. Bojanowski in Straßburg i.
Els., Freiherr Gunz Oldershawen in
Schloss Oldershawen, Hauptm. Moritz
Diez in Coblenz, Apotheker. Wol-
demar Caspari in Berlin, Hermann
Schenk in Berlin, Optm. Gisevius in
Königsberg, Pr. Lieut. Eick in Sonder-
burg auf Alsen, Georg v. Schönberg
auf Rittergut Bornitz, O. Hochstein in
Berlin, A. Streichenberg in Berlin,
Dr. Windmüller in Berlin.

Gestorben: Kreisrichter Schulze
Tochter Marie in Brandenburg. Frau
Rittm. Margarethe v. Wiedebach, geb.
v. Sudow, in Pirna. Gymn.-Oberl.
a. D. Prof. Höh in Köln. Lehrer A.
Zippe in Berlin. Optm. a. D. Robert
Weber in Berlin. Rittergutsverwalter
Karl Schulz in Languth. Bildhauer
Johannes Sanda in Berlin.